

BLICKPUNKT BUNDESTAG



November 8/2004
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

www.blickpunkt-bundestag.de

Experten im Bundestag

Die Wissensvermittler

Sonderthema: Das Plenum

EDITORIAL



Stefan Thomas.

Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere beiden Hauptthemen dieser Ausgabe sind sehr eng miteinander verknüpft. Das Sonderthema möchte Ihnen zeigen, was sich alles im **Plenum** und um das Plenum herum abspielt. Die Titelgeschichte beschäftigt sich mit den **Experten im Bundestag**.

Seit es den Bundestag gibt, also seit 1949, besteht das Vorurteil, dass der Plenarsaal an Sitzungstagen voll sein muss. Dieses Vorurteil beruht auf der falschen Ansicht, dass nur im Plenum gearbeitet würde. Und im Übrigen komme der Begriff Plenum aus dem Lateinischen und bedeute **Vollversammlung**.

Natürlich gibt es mehrmals im Jahr Sitzungen, bei denen fast jeder Platz besetzt ist, so bei Regierungserklärungen oder Haushaltsdebatten. Die Regel ist es aber nicht, denn bei einer Debatte zu einem Thema aus der Landwirtschaft müssen Abgeordnete, deren Spezialthemen auf ganz anderen Gebieten liegen, wirklich nicht anwesend sein. Dafür entsenden die Fraktionen in diese Sitzung ihre Experten. Das ist eine durchaus sinnvolle Arbeitsteilung. Es reicht nun einmal nicht,

wenn jeder von allem nur ein wenig Ahnung hat, und bei den sehr komplexen Themen, mit denen sich das Parlament auseinander setzen muss, würde Halbwissen nur Schaden anrichten.

Das Streitgespräch befasst sich mit einem sehr aktuellen Thema: Soll es – wie in Frankreich – auch in unserem Land eine **Musikquote**, also einen festen Anteil an deutschsprachiger Musik in den Medien, geben? Es diskutieren Vizepräsidentin **Antje Vollmer** (Bündnis 90/Die Grünen) und **Hans-Joachim Otto** (FDP).

Schließlich möchte ich Sie noch in eigener Sache auf die Fernsehshow „**mitmischen.tv**“ aufmerksam machen.

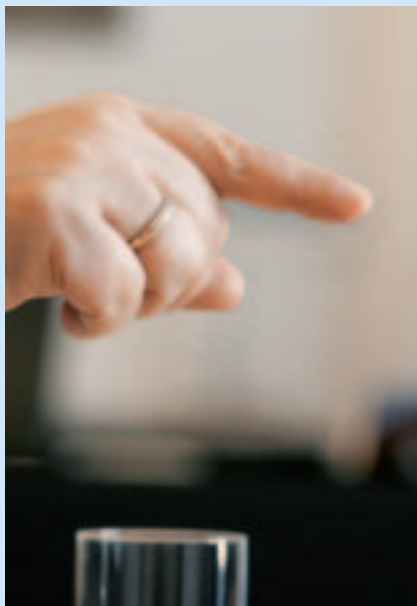


Jugendliche haben hier im Bundestag mit Abgeordneten über Politikverdrossenheit und gesellschaftliches Engagement diskutiert. Die Sendung wird am **10. November um 14 Uhr auf VIVA** ausgestrahlt. Informationen gibt es unter www.mitmischen.de. Schauen Sie doch mal rein.

Mit den besten Wünschen

A handwritten signature in black ink that reads 'Stefan Thomas'.

I N H A L T



Titel

- 4 Die Wissensvermittler
Experten im Bundestag

Titelfoto: Norman Fosters
Bundestagsadler im Osteingang



Details im Bundestag

- 14 Zettelwirtschaft



Menschen

- 33 Für gutes Klima sorgen
Die Bundestagsmitarbeiterin
Claudia Stolz

Essay

- 3 Intolerant gegenüber
Intoleranz
Von Richard Schröder

Tagesläufe

- 10 Keine Umwege
mehr machen
Die SPD-Abgeordnete
Petra Merkel

Cullens Reichstag

- 16 Kuppellandschaften

Debatte

- 36 Wege aus der Krise
Forum: Export und
Binnennachfrage
- 42 Schutz der Kultur oder
Gefahr für den Markt?
Streitgespräch: Musikquote

Panorama

- 45 Mit gutem Beispiel voran
Begegnungen im
Parlamentsviertel
- 46 Drei Fragen
an Abgeordnete
Gabriele Groneberg, SPD,
antwortet
- 46 Buchtipp
Von Friedbert Pflüger, CDU/CSU
- 47 Neugier, Interesse und Spaß
Report: Auszubildende
im Bundestag
- 48 Strafgeld für Abgeordnete
Parlamente in Europa

Sonderthema Das Plenum

- 18 Das Plenum
- 20 Forum der Nation
Das politische Plenum
- 24 Gutes Klima für Debatten
Die Technik
- 28 Offenheit und Transparenz
Die Architektur
- 30 Vom Rhein an die Spree
Die Geschichte
- 32 Infos zum Thema

Essay von Richard Schröder

Religionsfreiheit versteht sich nicht von selbst. Bis heute kennen isoliert lebende Stämme das Problem gar nicht. Sie leben, denken, handeln selbstverständlich wie ihre Vorfahren. Erst wenn solche Selbstverständlichkeit gestört wird, durch die Begegnung mit Fremden oder durch Kritik, entsteht das Problem.

Menschliches Zusammenleben setzt immer Konsens voraus, und es ist angenehm, sich unter Gleichgesinnten zu bewegen. „Ein König, ein Gesetz, ein Glaube“, hat Ludwig XIV. gesagt. Nach der Logik der Herrschaft ist das plausibel. So haben auch die meisten Herrscher der Weltgeschichte gedacht und gehandelt. Auch das römische Kaiserreich, das doch einen beachtlichen religiösen Pluralismus tolerierte, forderte einen religiösen Minimalkonsens, die göttliche Verehrung des Kaisers. Weil die Christen das verweigerten, kam es zu den Christenverfolgungen. Aber 380 erklärte Kaiser Theodosius das (orthodoxe) Christentum zur Staatsreligion, als neuen Reichskonsens. Jetzt musste mit Verbannung rechnen, wer dem orthodoxen Christentum widersprach. Im Mittelalter wurde die Ketzerverfolgung sogar blutig. Aber so weit müssen wir gar nicht zurückblicken. Die kommunistischen Parteien wollten die

„wissenschaftliche Weltanschauung“ des Marxismus-Leninismus als gesellschaftlichen Konsens durchsetzen. Unter Stalin kam es dabei zu sehr blutigen Ketzerverfolgungen.

Wenn Religionsfreiheit, erweitert zur Überzeugungsfreiheit, jener Herrschaftslogik widerspricht, wie konnte sie sich dann als Grundrecht der modernen Verfassungen durchsetzen? Ich möchte vier Stationen des langen Weges zur Religionsfreiheit benennen.

Erstens: Von Jesus stammt das Wort „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Matthäus 22, 21). Darin ist die Unterscheidung von Staat und Kirche und eine Entsakralisierung des Staates angelegt.

Zweitens: Mit der Reformation kam es zur Spaltung der europäischen Christenheit und zu Religionskriegen, die, weil um die Wahrheit geführt, besonders unerbittlich waren. Da keine Seite die andere bezwingen konnte, fand man rechtliche Regelungen. Die Reichsstände gewährten sich im Westfälischen Frieden (1648) konfessionelle Duldung als das kleinere Übel. Dabei wurde wichtig, dass nach gemeinsamer christlicher Überzeugung die Vernunft genügt, um Recht zu schaffen.

Drittens: Erst mit der Aufklärung setzte sich die alte christliche, von Luther wiederholte Einsicht wirksam durch, dass der Glaube und das Gewissen keinen Zwang vertragen (non vi, sed verbo). Der Staat kann mit seinen Mitteln die religiöse Wahrheitsfrage nicht entscheiden. Er soll sich

auf die vernünftige Regelung des menschlichen Zusammenlebens beschränken. Das Recht beansprucht nicht mehr, die Wahrheit zu schützen, sondern die Person, ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung.

Viertens: Und dann kam da noch eine staatspolitische Einsicht hinzu. Toleranz fördert Handel, Gewerbe und die Wissenschaft, denn Verstand und Tüchtigkeit sind nicht nach Konfessionen verteilt.

Die Religionsfreiheit ist uns selbstverständlich geworden. Trotzdem treten immer wieder Streitfälle auf. Sie sind besonders schwierig, wenn es um die Religion geht, die erst neuerdings in Deutschland verbreitet ist, den Islam. Darf eine islamische Lehrerin während des Unterrichts das

Kopftuch tragen? Dieses Kopftuch ist für sie ein Symbol von hoher Bedeutung. Für eine Nationaltracht oder einen Schutz vor Erkältung würde sie nicht prozessieren.

Aber wofür ist es ein Symbol? Ich will die Frage nicht entscheiden, sondern das Problem benennen. Im Koran fehlt ein Satz von der Art jenes Jesuswortes von Kaiser und Gott. Mohammed war zugleich Religionsstifter, Politiker und Feldherr. Umma ist die Gemeinde in der religiösen und der politischen Bedeutung. In unserem

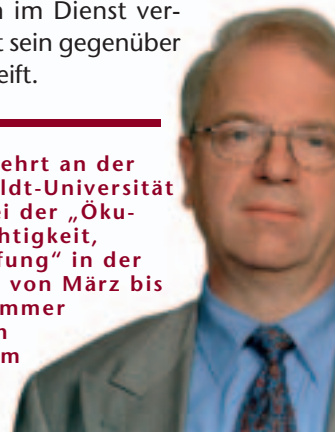
Kulturkreis ist es immer wieder zu engen Verbindungen zwischen Staat und Religion gekommen. Aber immer wieder meldeten sich Stimmen, die sagten: Das soll nicht so sein.

In der islamischen Welt ist seit dem Ende des Kalifats die religiöse und die politische Autorität faktisch unterschieden, aber immer wieder melden sich Stimmen, die sagen: Das soll nicht sein. Und nun ist die eine Frage, ob das Tragen des Kopftuchs dies ausdrücken soll. Dann müssten wir Lehrerinnen das Kopftuch im Dienst verbieten. Die andere ist die, ob dieses Kopftuch Widerspruch gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau ausdrücken soll. Auch dann müssten wir es Lehrerinnen im Dienst verbieten. Denn die Toleranz muss intolerant sein gegenüber der Intoleranz, die ihre Grundlagen angreift.

Religionsfreiheit

Religionsfreiheit, Asyl- und Petitionsrecht sind nur drei der im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Sie beschreiben grundsätzliche Rechte des Einzelnen in der Gemeinschaft. Blickpunkt Bundestag stellt in loser Folge einige Grundrechte an aktuellen Beispielen vor.

Richard Schröder, Jahrgang 1943, lehrt an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin. 1988/89 arbeitete er mit bei der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in der DDR. Er trat 1989 der SPD bei, war von März bis Oktober 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR und bis Dezember 1990 im Bundestag. Zuletzt erschien von ihm „Einsprüche und Zusprüche. Kommentare zum Zeitgeschehen“ (Stuttgart 2001).



Experten

im Bundestag



Die Wissensvermittler

Sie heißen „Sprecherin“, „Obmann“ oder „Berichterstattein“. Ihre Spezialgebiete sind die öffentlichen Finanzen, das Krankenhauswesen oder die Außenpolitik. Die Themen, die der Bundestag behandelt, sind komplex. Niemand kann sich in allen Bereichen bis ins Detail auskennen.



In den Fraktionen herrscht deshalb Arbeitsteilung. Und jede Fraktion hat ihre Experten, wenn es darauf ankommt, schwierige Sachverhalte zu beurteilen. Doch Experte ist nicht gleich Experte. In jedem Gebiet gelten andere Regeln, und jede Fraktion hat eine andere Strategie, ihre Fachleute wirkungsvoll einzusetzen.

Für **SIGRID SKARPELIS-SPERK** gehört es zum Alltag, in unscheinbaren Texten die großen Konsequenzen zu sehen. Die sucht sie auch in der so genannten EU-Dienstleistungsrichtlinie, die derzeit in Brüssel debattiert wird. „Das ist ein Gesetz, dessen Auswirkungen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können“, sagt die SPD-Abgeordnete.

Würde das, was die EU-Kommission in der Richtlinie vorgeschlagen hat, europäisches Gesetz, dann wären nach ihrer Meinung viele Arbeits- und Sozialstandards in Deutschland hinfällig oder zumindest stark gefährdet. Denn von den Plänen eines Architekten bis zur Müllabfuhr würden Dienstleister nicht mehr ausschließlich nach deutschem Recht arbeiten, wenn sie hierzulande eine Leistung erbringen. Entscheidend für Honorare, Lohn und sonstige Zusatzleistungen wären allein das Recht und die Sozialstandards ihres Herkunftslandes in der EU. Mit diesem „Herkunftslandprinzip“ gäbe es, sagt die Abgeordnete, in Deutschland künftig bei den Arbeitnehmern ein Zweiklassensystem. Selbst eine Kommune,

meint sie, die für die Müllabfuhr eine Ausschreibung macht, müsste ein Angebot akzeptieren, nach dem die Arbeiter weit unterhalb der deutschen Tarife entlohnt werden.

Frühwarnsystem für die Fraktion

Das Entwirren solcher Zusammenhänge gehört gewissermaßen zu den Kernaufgaben von Skarpelis-Sperk, die in der SPD-Fraktion Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Globalisierung und Weltwirtschaft“ ist. Seit vier Legislaturperioden gibt es diese „Querschnitts-AG“ bereits, die sich auch um die Auswirkungen von Handelsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) oder wie jüngst zwischen der EU und einigen lateinamerikanischen Staaten kümmert.

Ihre Arbeitsgruppe versteht sie als eine Art Frühwarnsystem für die Fraktion, wenn internationale Abkommen die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt beeinflussen. Doch weil die Themen komplex sind und in verschiedene Bereiche hineinspielen, verbringt Skarpelis-Sperk viel Zeit damit, ein

Bewusstsein für die Probleme zu schaffen. „Ich muss dann in den unterschiedlichen Ausschüssen Leute finden, die mit mir an diesem Thema arbeiten“, sagt die Abgeordnete.

Ob Querschnittsthemen wie „Globalisierung und Weltwirtschaft“ oder Fachthemen wie Verteidigung, Soziales oder Finanzen, wenn es um die Facharbeit im Parlament geht, dann sind die Arbeitsgruppen und -kreise die zentralen Einrichtungen. So haben die großen Fraktionen ihre Facharbeit analog zur Zahl der Ausschüsse in rund 20 Arbeitsgruppen organisiert, denen die Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter angehören.

Bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen, wo die Personaldecke etwas dünner ist, sind es fünf beziehungsweise vier Arbeitskreise, die die wichtigen Themen abdecken. Je nach Profil der Fraktion ist der Zuschnitt unterschiedlich. So hat das Bündnis 90/Die Grünen einen eigenen Arbeitskreis Umwelt, während die FDP die Wirtschaftspolitik besonders intensiv beackert. In der Regel treffen sich die Arbeitsgruppen oder -kreise dienstags

Experten im Bundestag



während einer Sitzungswoche. Immer geht es um die Themen, die in den Ausschüssen, zu denen die jeweiligen Arbeitsgruppen gehören, behandelt werden.

Zu den Arbeitsgruppen gehören meist auch alle Mitglieder einer Fraktion in den entsprechenden Ausschüssen, dort werden die Absprachen getroffen, wie sich die Fraktion zu bestimmten Themen stellen soll, und meist werden diese Empfehlungen auch von der Fraktion übernommen.

Kunst nicht beurteilen

Geleitet werden die Arbeitsgruppen von einem Vorsitzenden oder einem Koordinator, der oder die meist auch als Sprecher oder Sprecherin der Fraktion ein bestimmtes Thema nach außen vertritt. So ist der CDU/CSU-Abgeordnete **GÜNTER NOOKE** der kultur- und medienpolitische Sprecher der Fraktion und gleichzeitig Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Auf den ersten Blick zeichnet sich Nooke als Physiker nicht als besonderer Fachmann für dieses Thema aus.

Er liebt die Kunst und schätzt die Künstler, aber „es ist als Kulturpolitiker nicht meine Aufgabe, Kunst zu beurteilen“, sagt er.

Schon eher muss Nooke etwas von den Problemen und Widrigkeiten der Kulturförderung verstehen. Wer wie und warum Geld vom Staat bekommen soll, das sind Fragen, mit denen Nooke sich sein gesamtes politisches Leben beschäftigt hat. Hinzu kommt, dass der Bundestag zur Lage der Kultur und der Kulturförderung in dieser Legislaturperiode eine Enquete-Kommission eingesetzt hat, die untersuchen soll, wie die Milliarden Euro, die in Deutschland für Kultur ausgegeben werden, besser und effektiver eingesetzt werden können und wie die Kultur besser gefördert werden kann. In dieser Enquete-Kommission ist Nooke Mitglied und beschäftigt sich vor allem mit dem Kulturstandort Deutschland.

Neben den Sprechern, die sich um die inhaltliche Seite kümmern, gehören den Arbeitskreisen auch die Obleute der Fraktionen in den Ausschüssen an. Die Obleute der verschiedenen Fraktionen organisieren

gemeinsam mit den Ausschussvorsitzenden die Arbeit im Ausschuss, legen fest, wann welcher Gesetzentwurf behandelt wird oder zu welchem Thema eine öffentliche Anhörung organisiert werden soll.

RAINER FUNKE von der FDP kann sich mit all diesen Titeln schmücken. Er ist Leiter des Arbeitskreises IV der Fraktion für Innen- und Rechtspolitik, rechtspolitischer Sprecher und Obmann der FDP im Rechtsausschuss. Darüber hinaus ist Funke Justiziar der FDP-Fraktion und damit ihr Vertreter in Rechtsfragen, sei es bei Streitigkeiten über die Fraktionsfinanzierung gegenüber der Bundestagsverwaltung oder wenn Abgeordnete sich für politische Äußerungen verteidigen müssen. Kleinere Fälle löst er selbst, schwierige Rechtsfragen werden von externen Kanzleien bearbeitet.

Als Spezialist etwas bewegen

Auch wenn sich in einer kleinen Fraktion nur wenige mit Rechtspolitik beschäftigen, eine Allzuständigkeit will Funke mit der Ämterhäufung nicht ver-



GÜNTER NOOKE.



RAINER FUNKE.

bunden wissen. „Ich konzentriere mich auf Zivilrecht, für Strafrecht gibt es bei uns größere Experten, als ich es bin“, sagt er. Mag in anderen Arbeitsgruppen die Zusammenarbeit an bestimmten Themen im Vordergrund stehen, so herrscht in der Gruppe von Funke eher Arbeitsteilung.

Funke konzentriert sich auf sein Fachgebiet, und er ist überzeugt, dass man als Abgeordneter nur durch Spezialisierung etwas bewegen kann: „Als Minister hat man ja einen Stab von Fachleuten, die zuarbeiten. Wer ein guter Manager und Kommunikator ist, der kann sich die fachlichen Dinge auch im Amt aneignen. Wer als Abgeordneter seine Sache nicht versteht, der geht in den immer schwierigeren Zusammenhängen einfach unter.“

Ob Rechtsfragen oder globale Ökonomie, die Fraktionen des Bundestages bieten einiges an Fachwissen auf, um für die komplexen Themen, denen sich das Parlament widmen muss, gerüstet zu sein. Freilich haben alle Abgeordneten Zugang zu externer

Beratung, etwa durch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, und können sich dort zu bestimmten Themen Dossiers erarbeiten lassen. Auch hat jede Arbeitsgruppe einen oder mehrere Fachreferenten, die den Abgeordneten zuarbeiten. Aber die Möglichkeiten und die Ressourcen sind im Parlament im Vergleich zur Regierung begrenzt. Und in der Regel ist schon für die Beurteilung einzelner Vorschläge eine ganze Portion Fachwissen nötig.

Netzwerke nicht über Nacht schaffen

Wie sich das eigene Fachwissen einsetzen lässt, ist bei **GERNOT ERLER** zu beobachten, der als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion zuständig ist für Außenpolitik. Acht Jahre hat Erler als Hochschullehrer für Osteuropa gearbeitet und kann auch heute noch als Präsident der Südosteuropäergesellschaft auf ein großes wissenschaftliches Netzwerk zurückgreifen, das ihm viele Informationen liefert.

Erler steht in den Ländern, um die er sich hauptsächlich kümmert, in einem engen Austausch mit der Zivilgesellschaft und kann in vielen Fragen mit Informationen aufwarten, die noch darüber hinausgehen, was etwa die Bundesregierung oder das Auswärtige Amt über offizielle Kanäle erfährt. Ein solches Netzwerk lässt sich nicht über Nacht schaffen, das unterscheidet aus seiner Sicht auch Außenpolitik von andern Politikfeldern: „Ich kann in zwei Wochen Experte für Hartz IV werden und dieses Thema dann vertreten, aber um die politische Situation in Zentralasien einzuschätzen, braucht es mehrere Jahre.“

Sein Wissen gilt auch der Bundesregierung als wertvoll. Regelmäßig trifft er sich mit dem Kanzler, seinen Beratern oder hohen Beamten aus den Ministerien, um über die deutsche Außenpolitik zu beraten. Auch in der Öffentlichkeit gehört Erler zu den bedeutendsten Außenpolitikern der Koalition. Dafür hat er sich aus der täglichen Arbeit im Parlament ein wenig

Experten im Bundestag

GERNOT ERLER.



zurückgezogen. Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages ist er nur stellvertretendes Mitglied. Für die Fraktionen ist es gut, wenn sie Fachleute für ein bestimmtes Thema haben. In der Regel wollen sie daraus aber auch politisches Kapital schlagen. **CHRISTINE SCHEEL**, der finanzpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, ist das zweifellos gelungen. „Meine Vorschläge finden meist eine gute Resonanz in der Fachöffentlichkeit“, sagt sie.

Auch ohne Expertise entscheiden

Was ihr aber mindestens genauso wichtig ist, ist der Vorsitz im Finanzausschuss des Bundestages, den sie seit der Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition 1998 inne hat. Eigentlich verträgt sich die Position als Sprecherin für einen Themenbereich, in der man auch den politischen Gegner angreifen muss, nicht besonders gut mit dem Vorsitz in einem Ausschuss, der eher zur Neutralität verpflichtet ist. Aber für ihre Fraktion ist der Vorsitz im

Finanzausschuss ein Posten von hoher symbolischer Bedeutung. Denn für mehrere Jahrzehnte war dieser Ausschuss in der Hand der FDP. Und für das Bündnis 90/Die Grünen war es wichtig, nach der Regierungsübernahme zu demonstrieren, dass sie mehr sind, als eine Partei, die sich um einige Sonderthemen kümmert. „Wir wollten in der Öffentlichkeit demonstrieren, dass die Grünen auch jenseits der klassischen Themen Umwelt, Frauen und Frieden etwas zu sagen haben“, sagt Scheel. Mittlerweile schätzen selbst mittelständische Unternehmer die grüne Steuerpolitik.

Auch wenn sich die Fraktionen mit ihren Experten schmücken, nicht immer ist das Verhältnis einfach. Wer sich viel und aus einem bestimmten Blickwinkel mit einem Thema beschäftigt, der kommt häufig zu anderen Ergebnissen und politischen Forderungen als Fraktionskollegen, die nur am Rande damit zu tun haben.

So geht es regelmäßig **KATHERINA REICHE**, die als forschungs- und

bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, gerade wenn es um die Grenzen der Forschung geht, keine leichte Position hat. Zwar kann die junge Chemikerin, wenn es um Fragen wie die Hochschul- oder Forschungsfinanzierung geht, durchaus als Expertin mit ihrer Arbeitsgruppe Vorschläge machen, die von der gesamten Fraktion getragen werden. Bei der Frage aber, ob und inwieweit etwa Stammzellforschung an menschlichen Eizellen möglich sein soll, zeigen sich auch die Grenzen des Expertenrats im Bundestag.

Katherina Reiche wäre hier für eine liberalere und forschungsfreundlichere Lösung. „Diese Position wird von einigen geteilt. Derzeit jedoch nicht von der Mehrheit. Aber es gibt in der Forschungspolitik eben auch ethische Grenzfragen, die jeder nach seiner Überzeugung entscheiden muss.“ Eine Regel, die wohl auch für die meisten anderen Politikbereiche gilt.

Text: Matthias Rumpf

Fotos: Photothek

CHRISTINE SCHEEL.



KATHERINA REICHE.



Bürgerbüro



Keine Umwege mehr machen



Die SPD-Abgeordnete Petra Merkel macht Politik auf Augenhöhe. So kann sie sich einlassen auf andere und anderes zulassen. Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

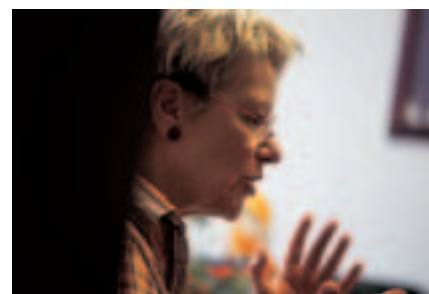
An diesem Septemberabend hat sich der Regen in der Stadt eingerichtet. Niemand kommt unbeschadet von einem Ort zum nächsten. In der Kreuzberger Obentrautstraße 55, vierter Stock, sitzen drei Menschen zusammen und reden über die Stadt. Draußen der Regen, drinnen die Hoffnung, ausgedrückt in einem unvollständigen Satz: „Berlin – Stadt für Familien!“ Ist sie das, oder soll sie es werden?

Nun, wäre sie es schon, gäbe es wahrscheinlich die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin nicht, und deren Vorsitzende, die SPD-Abgeordnete Petra Merkel, hätte heute einen freien Abend. Stattdessen aber sitzt sie hier mit Roland Geiger, dem Geschäftsführer der Stiftung, und Gundel Hessemer vom Verein Arbeitskreis neue Erziehung und redet über die Stärkung des Systems Familie. Das ist die halbe Wahrheit.

Die ganze ist: Drei Menschen wollen eine aufregende, einprägsame und mitreißende Kampagne entwickeln, um die Stadt familienfreundlicher zu machen. Vom Busfahrer bis zur Politikerin sollen alle Lust bekommen, sich daran zu beteiligen. Kreativ muss das Ganze sein, nachhaltig, ein Markenzeichen dieser Hauptstadt geradezu. Ganz viele Partner braucht man und noch mehr Engagement. Draußen gießt es in Strömen, drinnen werden Gipfel gestürmt.

Petra Merkel ist begeistert und lässt sich von den beiden anderen inspirieren. Man merkt ihr nicht an, dass dies ein langer Tag war, einer mit Ecken und Kanten. Einer, der morgens um sechs mit Frühstück und Zeitungslektüre begonnen hat. Jetzt, abends um neun, wird Zukunft geplant.

Dreizehn Stunden früher fing für Petra Merkel der Arbeitstag in ihrem Bundestagsbüro an. Der Weg von ihrer Wohnung ins Büro ist nicht weit. Petra Merkel ist Berlinerin, Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie hat viele Jahre im Abgeordnetenhaus Politik gemacht, bevor sie 2002 in den Bundestag kam. Sie liebt diese Stadt, sagt sie. Und: „Ich bin lange genug in der Politik, um keine Umwege mehr zu machen.“ Damit beantwortet sie die Frage, wie sie es als Neue im Bundestag gleich in den Haushaltsaus-



8.00 Uhr: Büro

schuss geschafft hat. Auf direktem Weg eben – nun ist sie Berichterstatterin ihrer Fraktion für den Kulturetat.

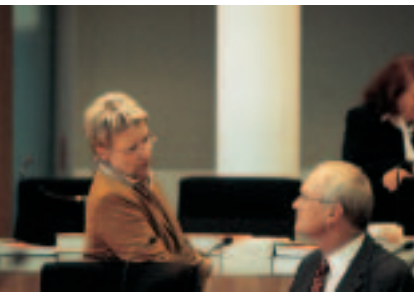
Die morgendliche halbe Stunde im Büro vergeht schnell. Ein paar Absprachen, Einsammeln der Papiere für die Ausschussarbeit. An diesem Donnerstag tagt der Bundestag, und parallel arbeiten die Ausschüsse – so ist das in Haushaltswochen. Um halb neun beginnt der Haushaltsausschuss, elf Punkte stehen auf seiner Tagesordnung, darunter der Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes und verschiedene Anträge zur Maut. Über alles lässt sich lange diskutieren. Wie fast immer stehen viele Journalisten vor der verschlossenen Tür. Sie warten auf Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe, auf Stellungnahmen zum verschobenen Börsengang der Bahn und zur Lkw-Maut. Irgendjemand tut kund, Herr Stolpe sei im Anmarsch. Aus dem Sitzungsraum dringt kurz lautes Gelächter, kein Tagesordnungspunkt scheint das herzugeben. Dann kommt Minister Stolpe, beantwortet zwei Fragen und geht in den Ausschuss.

Um neun fängt die Plenarsitzung an, sie wird bis in den späten Abend hinein gehen. Petra Merkel verlässt den

Ausschuss gegen 11.15 Uhr und läuft in den Plenarsaal zur namentlichen Abstimmung über die von der FDP-Fraktion beantragte Abschaffung der Wehrpflicht. Der Antrag, der Tagesordnungspunkt 3, wird abgelehnt.

Kurz nach halb zwölf ist die Abgeordnete noch einmal kurz im Büro. Das trägt die Handschrift der 57-Jährigen, die von sich sagt: „Ich brauche so eine bestimmte Art von Chaos. Das ist anregend für die Arbeit.“ Die Aktenstapel auf der Couch sind also kein Störfaktor, ebenso wenig die Papiere auf dem Schreibtisch. Am Regal hinter ihrem Schreibtisch hängt ein in Folie gewickeltes Schokoladenherz älteren Datums, daneben steht ein Gurkensnack „Get one“ aus dem Spreewald, bewacht von einem kleinen, zersausten Teddybären. Erinnerungsstücke, Stücke voller Erinnerungen. Zu allem ließe sich etwas sagen, aber der Tag ist so randvoll und Zeit kein dehnbarer Begriff.

Petra Merkel packt ihre Tasche, telefoniert kurz zwischendurch und macht sich auf den Weg zu einem Termin, auf den sie sich freut. Zuvor jedoch bringt sie noch schnell ein paar Sachen in ihr Wahlkreisbüro in



8.30 Uhr: Haushaltsausschuss

der Charlottenburger Goethestraße. „Hier beginnt mein Wahlkreis“, sagt sie auf der Fahrt dorthin und zeigt auf das verkleidete Charlottenburger Tor. Die Verkleidung trägt den Markennamen Samsung, aber wenn die Hüllen fallen, wird das Tor in alter Pracht strahlen.

Das Wahlkreisbüro entpuppt sich als ein Ort, an dem man sich gut fühlen kann – Plätze zum Reden, im Schaufenster eine Auswahl fair gehandelter Produkte, die gekauft werden können, Licht, Farben, Persönlichkeit. In wenigen Tagen wird hier eine Ausstellung mit Bildern des Malers Gotthard Krupp eröffnet. Die Einladungskarten sind gedruckt.

Kurz nach halb eins ist die Abgeordnete im Haus der Jugend in der Zillestraße. Hier tagt heute das Kinder- und Jugendparlament und wählt einen neuen Vorstand. Petra Merkel wird empfangen wie eine gute Bekannte. Sie ist eine gute Bekannte, umarmt so

manche und manchen, redet mit vielen, vor allem aber fragt sie. Sie macht jenen Mut, die für den neuen Vorstand des Kinder- und Jugendparlaments kandidieren wollen. Sie zeigt ihre Begeisterung dafür, dass es diese Einrichtung gibt. Sie ist sichtlich da und präsent, ganz konzentriert auf den Ort und das Ereignis. Kein Small Talk, keine Gemeinplätze, kein Blick auf die Uhr. Die Frau mit den kurzen blonden Haaren, der randlosen Brille mit roten Bügeln, dem dazu passenden roten Schmuck, schenkt ihr gewinnendes Lächeln vielen und jedem, der es möchte, ihre Aufmerksamkeit.

Dann füllt sich der Saal, die Wahlberechtigten sind ausgezählt, die Kandidatinnen und Kandidaten nervös. Die Kickerspieler beenden ihre Turniere, auf dem Podium werden Mikrofone getestet, eine Frau fragt eine andere, ob sie von den Rathausnachrichten kommt und ist enttäuscht, als diese verneint.

Petra Merkel hält eine kurze Rede und macht den Jugendlichen und Kindern Mut, sich einzumischen. Sie lädt die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu sich in den Bundestag ein. „Schaut euch an, wie wir arbeiten. Ihr seid herzlich willkommen.“

Danach setzt sie sich und hört zu, wie die Kandidatinnen und Kandidaten sich vorstellen. Begeistert ist sie von allen. Das erklärt sie hinterher all denen, die es wissen wollen. Mutig sei das, in diesem Alter bereits Politik zu machen. Wichtig sei es und ein Schritt nach vorn. „Und hören Sie nur, wie die reden können und deutlich sagen, was sie wollen. Und haben Sie diese Sara gesehen? Das war doch hoch professionell – ein Talent, diese junge Frau. Ein richtiges Talent.“

Aus solchen Ereignissen lässt sich Kraft schöpfen und Lust gewinnen, das ist der Abgeordneten anzumerken, die nach dem Termin zurück in den Bundestag fährt, um dort für ein paar Stunden zwischen Ausschuss und Plenum hin- und herzupendeln. Für den Nachmittag ist der Immunitätsausschuss einberufen, im Plenum geht es um Rahmenübereinkommen, Gesetzentwürfe, Anträge.

Kurz vor sechs kommt Petra Merkel in den Raum B 1 auf der Besucherebene des Reichstagsgebäudes. Hier warten 14 Mitglieder des Künstler-Kolonie Berlin e. V. aus Wilmersdorf auf die Abgeordnete. Die Künstler-Kolonie Berlin gibt es seit 1929, sie





11.15 Uhr: Namentliche Abstimmung

besteht aus drei Wohnblöcken, in denen im Laufe der Jahrzehnte viele Sänger, Schriftsteller, Wissenschaftler wohnten. Solche wie Ernst Busch, Johannes R. Becher, René Kollo und Joachim Ringelnatz zum Beispiel.

Die Gesprächsstunde im Raum B 1 verläuft nicht einfach, denn es geht um die ganz großen Themen: Hartz IV, Reform der Sozialsysteme, Agenda 2010 – Fragen über Fragen und keine davon geeignet für allgemeine Statements. „Hartz IV wird doch eine Katastrophe“, sagt eine Frau. „Die SPD hat versäumt, die Menschen rechtzeitig zu informieren“, kritisiert ein Mann.

„Wo soll denn der soziale Ausgleich herkommen, warum gibt es noch immer keine Kerosinsteuer, im Koalitionsvertrag stand doch etwas anderes als das, was jetzt gemacht wird, wenn die Technik weiter voranschreitet, werden doch noch weniger Arbeitskräfte gebraucht ...“

Petra Merkel hat zu tun und sie kämpft. Sie erklärt, stellt richtig, erläutert Zusammenhänge. Sie arbeitet mit den Händen, mit dem ganzen Körper, lässt keine Frage im Raum stehen, wiegelt nicht ab, beschönigt nicht, hält aber dagegen, wenn sie anderer Meinung ist.

Draußen hat es schon längst angefangen zu regnen, im Raum geht es stürmisch zu, aber das Klima ist nicht schlecht. Am Ende wissen alle ein wenig mehr, ist die Welt nicht besser geworden, aber trotzdem etwas passiert. Niemand scheint unzufrieden

nach der Stunde Diskussion – sie war fair und offen.

Am Ende bringt die Abgeordnete ihre Gäste noch zum Fahrstuhl, der sie auf die Kuppel bringen wird. Sie selbst geht noch einmal kurz ins Büro, um ein letztes Mal die Tasche umzupacken und nach Kreuzberg in die Obentrautstraße zu fahren.

Die Stadt ist voll um diese Zeit. Vor dem Reichstag, Eingang Ost, versucht eine Frau im gelben Regenmantel, Wasser vom überdachten Sockel und die Stufen hinunterzufegen. Das scheint im Moment auch nicht einfacher, als über Reformpolitik zu diskutieren. Petra Merkel ist auf dem Weg zu ihrem letzten Termin bei der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin. Dort wird man ihr nicht anmerken, dass dies ein langer Tag war. Im Gegenteil. Dort wird sie Zukunft planen.



13.30 Uhr: Haus der Jugend



Die Erfinder von **Piktogrammen** hätten in den Häusern des Bundestages ihre Freude. Es genügte schon, einmal an allen Türen vorbeizulaufen – wobei das womöglich einen Tag lang dauerte – und zu schauen, wie viele **Symbole** ihren Platz auf ihnen gefunden haben. Überbordend manchmal, wenn Handy, Zigarette und Kaffeetasse unerwünscht sind. Und das alles in nur einem Raum. Dagegen scheint ein Pfeil, über dem „Eingang“ steht, ein ganz redlicher Hinweis, nur der **Orientierung** dienend, wie die helfende Hand, deren Zeigefinger eindeutig eine Richtung vorgibt. Neugierig jedoch wird man hin und wieder im Angesicht der

bunten Zettelwirtschaft, wer hinter mancher Tür arbeitet. Die Ansage „Gute Menschen kommen aus Bayern“ gibt einen eindeutigen **Hinweis**. Schwieriger wird es bei der Nachricht: „Koalas next 10 km“. So werden Hoffnungen genährt. **Karikaturen** sind sehr beliebt, gleich gefolgt von fotografischen Absurditäten. Wie sieht der Mann aus, dessen Kopf in einer Mülltonne steckt? Und wo ist das Sonnendeck? Wer liegt da oben, wenn es eines gibt, oder ist hier nur der Wunsch die Mutter aller Gedanken? Man sollte mal klopfen und nachfragen. **Oder sich einfach einen schönen Reim drauf machen.**

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier



2,5m ←



Kaltgetränke, Sc



KOPIERRAUM

Diese Tür ist Tag und Nacht
offenzuhalten!

Eingang nächste Tür



WICHTIGE MITTEILUNG!



Gesucht wird
Urkundenträger



Zusatz: Herr od. Dame
90 / 110 / 80 - ungef. Größe
sing. oder versch.



Bitte internen Nachr.



Bitte die Größe des Kopf

Wir machen den Laden dicht.



lauf!

Bitte kein Handtuchpapier
in die WC - Becken werfen !!!!



Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, ULLSTEIN BILD

Kuppellandschaften

Die Kuppel des Reichstagsgebäudes ist zum Wahrzeichen Berlins geworden. Dabei hatte sie der Architekt Norman Foster ursprünglich gar nicht vorgesehen. Denn eine Kuppel erinnerte zu sehr an die wilhelminische Architektur des Reichstagsgebäudes von Paul Wallot. Aber auch für den Reichstagsarchitekten war die Planung der Kuppel eine große Herausforderung.

Paul Wallot sah in seinem Entwurf für ein neues Parlamentsgebäude zunächst eine 85 Meter hohe Kuppel aus Sandstein über dem Plenarsaal vor. Aus baulichen Gründen war er dann jedoch gezwungen, die Kuppel über die westliche Eingangshalle zu verlegen. Tausende von Eichenpfählen wurden an dieser Stelle in den Boden gerammt und massive Eckpfeiler hochgezogen, um das Gewicht der Kuppel aufzunehmen.

Je länger Wallot aber über die Bauausführung wachte, desto fester reifte in ihm der Entschluss, die Kuppel zu verlegen. Denn er fürchtete, dass das Gebäude wie ein „ausgebranntes Schloss“ aussehen könnte.

Die Versetzung der Kuppel wurde ihm schließlich unter der Bedingung gestattet, dass er den Nachweis erbringt, dass die Ausführung möglich sei. Das Hauptproblem bestand darin, dass der Bau zu diesem Zeitpunkt weit fortgeschritten war und die Mauern

eine Kuppel an anderer Stelle nicht zu tragen schienen. Es galt, mit möglichst geringen Kosten und ohne Störung des Baubetriebes einen allen auftretenden Kräften gewachsenen Unterbau nachträglich herzustellen. Wallot beauftragte im Frühjahr 1889 den Bauingenieur Johann Wilhelm Schwedler mit der statischen Berechnung. Schwedler fand jedoch, dass die Kon-

ausstellen werden.“ Er sei gegen die Ausführung der Kuppel, weil nicht zu erwarten sei, „dass der Entwurf so verbessert werden kann, dass er den Anforderungen der Sicherheit und Würde des Hauses entspricht.“

Wallot gab nicht auf und beauftragte den Eisenbahningenieur Hermann Zimmermann mit neuen Berechnungen. Zimmermann machte die vorgesehene Kuppel leichter, indem er Glas und Stahl einsetzte und besonders die Höhe auf rund 74 Meter verringerte. Am 2. September 1892 wurde die Kuppel schließlich eingeweiht. Die Meinungen über die Kuppel gingen damals stark auseinander. Während Kaiser Wilhelm II. das Gebäude den „Gipfel der Geschmacklosigkeit“ nannte, überhäufte Wallots Fachkollegen ihn mit Auszeichnungen und Lob.

Ein Wiederaufbau der Kuppel wurde in den 60er Jahren verhindert. In den 90er Jahren erwachte das Interesse jedoch wieder. Und schließlich ließ sich Norman Foster auf eine Kuppel ein, die durch ihre Transparenz einen Vergleich mit der wilhelminischen Kuppel gar nicht erst aufkommen lässt. Mittlerweile ist sie eine Attraktion in Berlin und bietet den Besuchern Ausblicke und vor allem Einblicke in die parlamentarische Praxis.

**Die Preisfrage lautet:
Wann regierte Kaiser Wilhelm II.?**



Das Reichstagsgebäude mit der Kuppel von Paul Wallot um 1900.

struktion nicht mit hinreichender Sicherheit zu berechnen sei, „da die einzelnen Spannungen von dem Montieren abhängen, welches nicht in der Hand des Projectirenden“ liege. Außerdem gab er zu bedenken: „Durch Verlassen des vorhandenen Unterbaues für den Thurm und Errichten eines Aufbaues an einer anderen, dazu ungeeigneten Stelle, erhält das Gebäude einen ungesunden Organismus, dessen Konsequenzen sich erst später her-

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 26. November 2004.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 7/04 lautet: Otto von Bismarck lebte von 1815 bis 1898. Eine Reise nach Berlin hat Antje Erler aus Freiburg gewonnen.

BLICKPUNKT BUNDESTAG



Das Plenum

Sonderthema

Das Plenum

Regierungsbank



Besuchertribüne

Fraktion der FDP

Fraktion der
CDU/CSU

Der Plenarsaal bildet den Mittelpunkt des Reichstagsgebäudes und reicht praktisch durch das ganze Haus. Er ist von fast allen Stockwerken aus einsehbar. Das macht deutlich, dass sich hier das Zentrum der parlamentarischen Demokratie befindet.

Direktor

Präsident

Plenarassistenten

Schriftführer

Wehrbeauftragter

Bundesratsbank

Pressetribüne

Text: Gregor Mayntz
Fotos: studio kohlmeier,
picture-alliance,
ullstein-bild
Grafik: Karl-Heinz Döring



Redner

Stenografen

Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Fraktion der SPD

Diplomatentribüne

Vor der gläsernen Stirnwand hängt der Bundestagsadler. Rechts und links vom Sitzungsvorstand sind die Europaflagge und die Bundesflagge angebracht.

1 Fraktion

Fraktionen sind wie im Ursprungswort „Fraktur“ (Bruch) Bruchteile des Bundestages. Zur Bildung einer Fraktion müssen mindestens fünf Prozent der Gesamtmitgliederzahl des Bundestages derselben Partei angehören. Es können sich auch Angehörige zweier Parteien zusammenfinden, wenn sie „solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“.

2 Regierungsbank

Zu Beginn jeder Wahlperiode teilt die Bundesregierung dem Bundestag mit, wie die Sitzordnung für die Regierungsmitglieder sein soll. Direkt neben dem Redner sitzt auf einem Sessel mit höherer Lehne der Bundeskanzler. In der ersten Reihe folgen neben ihm der Außenminister und Vizekanzler, der Innenminister, die Justizministerin, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und die Verbraucherschutzministerin.

3 Paulskirche

Die Frankfurter Paulskirche ist Synonym für das erste frei gewählte nationale Parlament in Deutschland geworden, weil sich in ihrem Inneren 1848 die Nationalversammlung konstituierte. Sie entwarf eine Verfassung mit Grundrechten und arbeitete wie ein modernes Parlament. Die von ihr berufene Regierung blieb machtlos. 1849 war der parlamentarische Versuch gescheitert. Viele Impulse aber wirkten nach.



Das politische Plenum

Forum der Nation

Das Plenum – also die Vollversammlung aller Abgeordneten – ist nicht nur formal der wichtigste Ort des Bundestages. Auch wenn vieles in seinen Grundzügen in der Regierung, in Fraktionen und Ausschüssen vorbereitet wird, so bleibt das Plenum doch der Ort, wo alles verbindlich wird. Und wo für die Öffentlichkeit nachvollziehbar der Entwurf der Regierenden und der Gegenentwurf der Opposition aufeinander treffen. Hier findet das argumentative Kräfteressen statt. Deshalb ist der Plenarsaal des Bundestages das „Forum der Nation“.

Das lässt niemanden kalt. Wer zum ersten Mal an den Saaldiegnern vorbei den Plenarsaal des Bundestages betritt, den überkommt „ein besonderes Gefühl“. Denn dieser Weg ist nur wenigen Menschen vorbehalten. Gewählten Volksvertretern. So wie der FDP-Abgeordnete Detlef Parr erinnern sich viele an den herausragenden Einschnitt ihrer politischen Karriere, erstmals ins Plenum zu kommen: „Man empfindet sehr deutlich, dass man eine besondere Aufgabe hat.“

Ein Gefühl, das zunächst unabhängig davon ist, ob die eigene **Bundestagsfraktion** 1 zugleich die Regierung stellen und den Kanzler aus den

eigenen Reihen wählen kann. Alles ist zum Greifen nah: der Regierungschef mit seinen Ministern und Staatssekretären auf der **Regierungsbank** 2 vom Redner aus gesehen rechts neben dem Rednerpult und Bundestagspräsidenten, die Ministerpräsidenten oder Minister aus den Bundesländern auf der Bundesratsbank links daneben, der den Raum prägende riesige Bundestagsadler und nicht zuletzt die eigenen Parteifreunde, die sich in übersichtlichen Blöcken im Plenarsaal gruppieren – vom Redner aus gesehen links die SPD bis fast zur Mitte, daneben Bündnis 90/Die Grünen, gefolgt von CDU/CSU, dann der Abschluss durch die FDP.



Debatte im Plenum.

Koordinatensystem für den Plenarsaal

Somit hat sich die Grundorientierung aus der Frankfurter **Paulskirche** **3** bis heute gehalten und das Koordinatensystem für den alltäglichen Sprachgebrauch beeinflusst: Eher links sitzen die Sozialdemokraten, eher rechts die Bürgerlichen.

Nur die vorderen sechs Reihen verfügen außer verschiebbaren Sesseln auch über Pulte. Das weist darauf hin, dass sich die Arbeit des Bundestages nicht aufs Reden und Debattieren beschränkt. Der Plenarsaal zeigt der Öffentlichkeit das Redeparlament. Aber für den einzelnen Abgeordneten ist der Bundestag vor allem geprägt als Arbeitsparlament. Die meiste Zeit verwendet der Volksvertreter oder die Volksvertreterin auf das Erarbeiten von Entwürfen und Papieren in Fraktionszirkeln, **Koalitionsrunden** **4**, Arbeitskreisen und **Ausschüssen** **5**.

Die Kunst der Durchsetzung politischer Konzepte liegt vor allem darin, Mehrheiten zu organisieren, möglichst viele Funktionsträger einzubinden. Erst am Ende steht die öffentliche Präsentation im Plenum. Deshalb ist der Nor-

malfall im Plenum, dass bei der Beratung von Fachmaterie vor allem die jeweiligen eingearbeiteten Fachleute unter den Abgeordneten den Debatten folgen.

Aber natürlich werden oft auch Themen debattiert, die nicht nur für Experten wichtig sind. Dann füllt sich der Plenarsaal. Für jeden Abgeordneten ist Platz. Vor allem vor namentlichen Abstimmungen, insbesondere wenn die Kanzlermehrheit stehen muss, füllen sich die Reihen. Doch für diese Fälle muss nicht jeder auch noch ein Pult haben. Das lässt den Plenarsaal auch bei über 600 anwesenden Abgeordneten übersichtlich bleiben.

Politik ist dynamisch

In den ersten Reihen sind sogar Telefone eingebaut. Denn Politik ist dynamisch, parlamentarische Abläufe bleiben im Schwung, und so müssen oft schnell Details mit Büros geklärt werden. Für die Zustellung von Papieren und anderen schriftlichen Nachrichten gibt es die Mitarbeiter des Plenarassistenzdienstes („Saaldiener“), die den Kontakt zwischen draußen und drinnen aufrecht erhalten und eine der Würde des Hauses entsprechende **Kleidung** **6** tragen. In der ersten Reihe finden sich die Fraktionsvorsitzenden, ihre Stellvertreter und die Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF). Egal wie voll oder leer das Parlament ist, mindestens ein PGF aus jeder Fraktion ist immer da. Denn sie organisieren fraktionsintern die Abläufe, treffen fraktionsübergreifende Absprachen.

Plenarassistent.



4 Koalition

Eine Koalition ist eine Vereinigung, ein Bündnis. Das Wort stammt vom lateinischen *coalescere* (zusammenwachsen, verschmelzen, sich einigen). Um gemeinsam die Regierung stellen zu können, einigen sich zwei oder mehr Parteien auf eine Koalition, wenn sie nur zusammen die Mehrheit im Bundestag zustande bringen. In einem (nicht einklagbaren) Koalitionsvertrag schreiben sie ihre Vorhaben fest.

5 Ausschüsse

Einige Parlamentsausschüsse werden in der Verfassung vorgeschrieben, so der Haushaltsausschuss, der Auswärtige Ausschuss, der Europaausschuss, der Verteidigungsausschuss oder der Petitionsausschuss. Grundsätzlich ist der Bundestag frei, wie viele und welche weiteren Ausschüsse er bildet. Derzeit sind es 21. Sie beraten die Details von Gesetzentwürfen, geben Empfehlungen an das Plenum und kümmern sich selbstständig um Schwerpunkte ihres Fachgebietes.

6 Kleidung

Weißes Hemd, schwarze Hose, Frack und Weste sind zusammen mit den goldenen Knöpfen mitsamt Adlerprägung das traditionelle Erkennungszeichen der Saaldiener. Was man nicht sieht: Hosenträger in Schwarz-Rot-Gold. Für die Abgeordneten gibt es dagegen keine Kleiderordnung. Vom schwarzen Smoking bis zur lila Latzhose ist alles schon gesehen worden.



Stenografen.

7 Stenografen

Jede Rede, jede Erklärung, jeder Zwischenruf, jede Abstimmung und alle Beifallsbekundungen werden von Stenografen im Plenum protokolliert. Damit sie alles mitbekommen, sitzen sie zwischen Redner und Abgeordneten. Neben sich haben sie noch zusätzliche Lautsprecher installiert. Unter www.bundestag.de ist ein Teil des Protokolls oft schon nach wenigen Stunden eingestellt.

8 Bundestagspräsidium

Das Präsidium setzt sich in der 15. Wahlperiode aus dem Präsidenten Wolfgang Thierse (SPD) und seinen Stellvertreterinnen und -vertretern Norbert Lammert (CDU/CSU), Susanne Kastner (SPD), Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) und Hermann Otto Solms (FDP) zusammen. Sie sind für die gesamte Legislaturperiode gewählt und wechseln sich im Vorsitz der Plenarsitzungen regelmäßig ab. Die Präsidiumsmitglieder können nicht durch Bundestagsbeschluss abberufen werden. Das Präsidium tritt regelmäßig in jeder Sitzungswoche des Bundestages zusammen, um Angelegenheiten zu beraten, die die Leitung des Hauses betreffen. Es wirkt an Personalfragen der höheren Beamten der Bundestagsverwaltung und beim Abschluss wichtiger Verträge mit. Auch Fragen der Öffentlichkeitsarbeit werden im Präsidium beraten.

Ihre wichtigsten Ansprechpartner sitzen ihnen erhöht gegenüber – hinter den **Stenografen** 7: der amtierende **Bundestagspräsident** 8 und je ein **Schriftführer** 9 zur Rechten und zur Linken. Die drei Abgeordneten bilden zusammen den Sitzungsvorstand. Sowohl Koalitions- als auch Oppositionsfraktionen sind stets darin vertreten. Das ist zum Beispiel wichtig für die Akzeptanz von Abstimmungsergebnissen. Das vom amtierenden Präsidenten oder von der amtierenden Präsidentin festgestellte Ergebnis gilt nur, wenn beide Schriftführer den selben Eindruck von den jeweiligen Mehrheiten haben. Sind sie sich nicht einig, muss die Abstimmung wiederholt werden, damit das Ergebnis eindeutig festgestellt werden kann. Die Schriftführer nehmen Wortmeldungen entgegen und führen ein detailliertes Redeprotokoll. Sehr häufig stehen die Geschäftsführer neben ihnen. Denn immer wieder gibt es Verschiebungen, will die eine Seite auf die Redneraufstellung der anderen neu reagieren.

„Für einen Neuling ist diese Aufgabe unbedingt zu empfehlen“, unterstreicht Petra Selg. Die Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen hat die Arbeit bis vor kurzem zwei Jahre lang gemacht und auf diese Weise „gleich zum Einstieg die ganze Bandbreite des Plenargeschehens mitbekommen“. Es sei natürlich „ein besonderes Gefühl, von oben das ganze Haus im Blick zu haben“ – verbunden mit der Verpflichtung zu ständiger Aufmerksamkeit, ob sich etwa ein Kollege zu einer Zwischenfrage zu Wort meldet. Es sei

auch interessant, quasi im Nacken des Redners die verschiedenen Vortragstechniken verfolgen zu können – mit Manuskripten, Zettelnotizen, Bemerkungen am Rand oder ganz frei.

Gemütlicher Eindruck

Peter Altmaier (CDU/CSU) ist ebenfalls Schriftführer – und hat auch noch den kreisrunden Plenarsaal in Bonn vor Augen. „Berlin vermittelt einen gemütlicheren Eindruck“, lautet sein Vergleich, denn der Plenarsaal im Reichstagsgebäude „wirkt nicht so riesengroß wie der in Bonn“. Dafür sorgen die weit in den Raum hineingezogenen Besuchertribünen. Vom Redner aus sei der Saal optisch dort zu Ende, wo die Tribünen anfangen. Gleichwohl seien Klima und Debattenkultur vom Rhein an die Spree mit umgezogen. Mitarbeiter, Möbel, die Politiker selbst seien anfangs dieselben gewesen: „Die Hardware hat sich geändert, die Software des Parlamentes ist nur überspielt worden.“

Hinter dem Sitzungsvorstand nehmen der Direktor beim Deutschen Bundestag, also der Chef der Bundestagsverwaltung, und die Mitarbeiter des Plenarassistenzdienstes Platz, die sich vor allem um organisatorische, juristische und technische Unterstützung der Plenarabläufe kümmern. Auf einem Sessel links neben dem Sitzungsvorstand sitzt der **Wehrbeauftragte** 10 des Bundestages. Die übrigen Sitze auf der linken Stirnseite gehören zur Bundesratsbank. Die Mitglieder der Ländervertretung können ebenso wie die Mitglieder der Bundesregierung jederzeit im Bundestag reden.

Die Bandbreite des Geschehens im Plenarsaal lässt die vielen verschiedenen Funktionen des Bundestages deutlich werden. Gleich nach seiner eigenen Konstituierung und Aufnahme der Arbeitsfähigkeit gehört es nach jeder Neuwahl zu den vornehmsten Aufgaben des Parlaments, der Bundesrepublik eine handlungsfähige Regierung zu geben. Ebenfalls im Plenum des Bundestages folgt sodann die Vereidigung des Kanzlers und seiner Minister, wodurch unterstrichen wird, wem die Exekutive verantwortlich ist.

Die Kontrolle der Regierung kommt unter anderem in der Regie-

rungsbefragung jeweils mittwochs nach Kabinettsitzungen, in der wöchentlichen Fragestunde und oft auch in Aktuellen Stunden zum Ausdruck. Daneben gehören Kleine und Große **Anfragen** **11** zu einem oft gebrauchten Kontrollinstrument, und auch über die Anforderung regelmäßiger Berichte zu bestimmten Fachbereichen hält sich der Bundestag über die Politik und ihre praktischen Auswirkungen im Plenum auf dem Laufenden.

Schließlich tritt kein Gesetz in Kraft, das nicht in der Regel dreimal im Plenum beraten worden ist. Zwischendurch gehen die Fachausschüsse den Vor- und Nachteilen vorgesehener Bestimmungen in nichtöffentlichen Sitzungen und öffentlichen Anhörungen auf den Grund. Doch die letzte Entscheidung fällt immer im Plenum.

Zu den wichtigsten Funktionen gehört es zudem, Politik öffentlich zu machen und vor aller Augen die Belange der Nation zu debattieren. Und zwar auch unabhängig von konkreten Gesetzesvorhaben. Durch verschiedene Änderungen der **Geschäftsordnung** **12** hat der Bundestag die Debatten immer lebendiger zu machen versucht. Zwischenfragen und Kurzinterventionen tragen ebenso dazu bei wie Redezeitbeschränkungen

auf jeweils fünf Minuten in Aktuellen Stunden, die brennende und die Öffentlichkeit bewegende Themen ins Parlament bringen. Die Formulierung in der Medienberichterstattung „Schaltet nun den Bundestag ein“ lässt die Stellung des Parlaments erahnen. Was hier besprochen wird, ist weniger unverbindlich als der zufällige Schlagabtausch gezielt eingeladener Prominenter in Fernseh-Talkshows.

Ehrfurcht vor dem Plenarsaal

Das Ambiente unterstreicht diesen Umstand. „Ich habe immer Ehrfurcht, wenn ich in den Plenarsaal komme“, sagt Jann-Peter Janssen, SPD-Abgeordneter aus Ostfriesland. Die Geschichte des Hauses sei zu spüren, ebenso die Mitverantwortung, die jeder Abgeordnete hier zu tragen habe. Er bemerke auch immer wieder bei Besuchergruppen, dass der Plenarsaal und das Geschehen darin nicht ohne Eindruck auf die Bürger bleibe. „Ich als kleines Arbeiterkind darf da sitzen und mitentscheiden – das gibt einem schon was“, berichtet Janssen. Und so sei er stolz darauf, als Abgeordneter Deutschland vertreten zu können – „und mindestens genauso stolz, an diesem Ort Ostfriesland vertreten zu dürfen“.

9 Schriftführer

Die Wahl von Schriftführern ist in der Verfassung vorgeschrieben. In der Bestimmung der Anzahl ist der Bundestag frei. Für die laufende Wahlperiode haben sich die Fraktionen auf 42 geeinigt. Diese sprechen sich immer eine Woche vor der betreffenden Sitzungswoche über ihre Dienste ab. Wer plötzlich andere Verpflichtungen hat, muss selbst für Ersatz sorgen – was nicht immer einfach ist, weil jeder Abgeordnete einen vollen Terminkalender hat.

10 Wehrbeauftragter

In seiner Person kommt die besondere Sorge des Parlaments um die inneren Verhältnisse der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck. Er wird durch die Mehrheit des Parlaments auf fünf Jahre gewählt und geht sowohl der allgemeinen Bestandsaufnahme als auch gezielten Fragen des Bundestages sowie Eingaben von Soldaten nach – auch durch unangemeldete Besuche bei der Truppe.

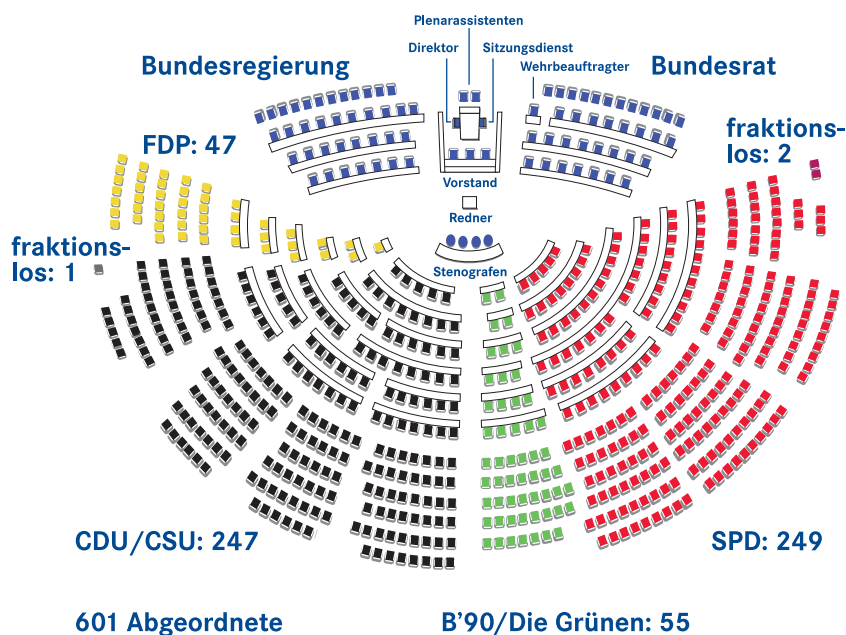
11 Anfragen

Große Anfragen können von einer Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten beim Präsidenten eingereicht werden, der sie dann an die Bundesregierung weiterleitet. In der Regel geht es um Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung, deren Antwort im Plenum debattiert wird. Kleine Anfragen müssen binnen 14 Tagen beantwortet sein und werden mit der Antwort als Drucksache veröffentlicht, aber nicht debattiert.

12 Geschäftsordnung

Jeder Bundestag gibt sich zu Beginn einer Wahlperiode eine neue Geschäftsordnung – meistens ist es die alte. Aber deshalb ist sie nicht statisch. Sie steht ständig auf dem Prüfstand, da sie den fairen Umgang unter Konkurrenten regeln und mögliche Konflikte am besten schon vorbeugend klären muss. Die bessere Regelung ersetzt die gute – und so ist auch die Geschäftsordnung des Bundestages ein Exportschlager für neue parlamentarische Systeme im Ausland geworden.

Sitzverteilung im 15. Deutschen Bundestag (Stand: Juli 2004).



1 Sitzungswoche

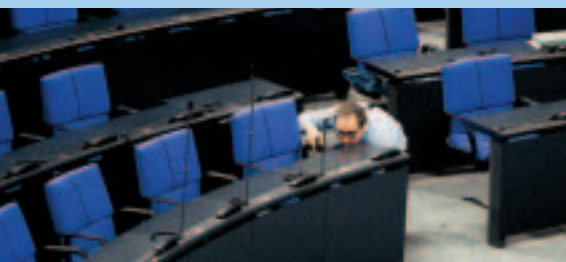
Nicht jede Woche tagt der Bundestag in Berlin. Durchschnittlich jede zweite Woche widmen sich die Abgeordneten auch ihren Wahlkreisen. Sitzungswochen haben einen festen Ablauf: Montags tagen die Fraktionsvorstände, dienstags die Fraktionen und Arbeitsgruppen, mittwochs die Ausschüsse, donnerstags und freitags folgen dann die klassischen Plenarsitzungstage. Am Donnerstag läuft die Sitzung häufig von neun bis 24 Uhr.

2 Haushaltswoche

Das „Königsrecht“ des Parlamentes ist die Bestimmung, wo das Geld des Bundes herkommen und wofür es ausgegeben werden soll. Der Bundeshaushalt wird unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause Anfang September in der ersten Beratung und Ende November in der zweiten und dritten Beratung in so genannten Haushaltswochen debattiert. Dabei werden nacheinander alle Einzelpläne aufgerufen, also die erwarteten Einnahmen und vorgesehenen Ausgaben aller Verfassungsorgane wie Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht sowie aller Ressorts der Bundesregierung. Dies gibt Gelegenheit, die damit verbundene Politik zu debattieren.

3 Namentliche Abstimmung

Wenn im Protokoll festgehalten werden soll, wie jeder Einzelne abgestimmt hat, holen sich die Abgeordneten kleine, scheckkartengroße Plastikkärtchen mit ihrem Namen darauf aus Fächern neben dem Eingang zum Plenarsaal. Die Stimmkarten haben verschiedene Farben und sind maschinenlesbar. Rot bedeutet „Nein“, Blau „Ja“ und Weiß „Enthaltung“. Die Auszählung ist binnen kurzer Zeit möglich.



Regieraum.

Die Technik

Gutes Klima für Debatten

Rein technisch gesehen ist das Plenum ein „Sprechsaal“. Seine Akustik ist auf Reden optimiert. Es war eine gewaltige Herausforderung für die Techniker, Schall, Licht und Luft durch die 24.000 Kubikmeter im Plenarsaal so zu lenken, dass Debatten verständlich und atmosphärisch angemessen funktionieren können. Und es bleibt jeden Tag viel zu tun.

Wenn die Abgeordneten früh um neun zu tagen beginnen, hat die Technik schon seit zwei Stunden ganze Arbeit geleistet. Vor jedem Debattentag werden ab sieben Uhr in der Früh sämtliche Mikrofone und Lautsprecher getestet. Um 8.30 Uhr nimmt dann der Plenarassistenten dienst das Regiepult hinter dem Präsidentenplatz und unter dem Bundestagsadler erstmals für alle vernehmbar in Betrieb. Ein Druck auf den Knopf mit der Aufschrift „Geläut“ und schon ist im ganzen Haus an der Spree die größte Glocke des Kölner Doms zu hören. Der „dicke Pitter“ läutet zur Morgenandacht der Abgeordneten.

Wohlklang für rheinische Ohren

Ein besonderer Wohlklang ist das gerade für rheinische Ohren, wie Antonius Müller, Chef des Plenarassistentendienstes, in typisch rheinischem Tonfall bemerkt. Während das Original im Dom meistens nur in der Neujahrsnacht zu hören ist, schwingt der kopierte Klang in jeder **Sitzungswoche** 1 zweimal durch die Flure, in **Haushaltswochen** 2 sogar dreimal. Früher in Bonn, da kamen die Glocken vom Band. Jetzt ist alles als Datei in spezieller Software „hinterlegt“. So wie das durchdringende Klingelzeichen, das um 8.54 Uhr und 8.59 Uhr an den



bevorstehenden Sitzungsbeginn erinnert und ebenfalls in allen Gebäuden des Bundestages in Berlin erschallt.

Direkt daneben befinden sich auf dem Regiepult drei weitere Knöpfe, und auch sie rufen vorbereitete Signale ab: Sie lassen in den parlamentarischen Liegenschaften wieder andere Klingeln ertönen und Lampen blinken, wenn verschiedene Abstimmungen bevorstehen: die gewöhnlichen, die namentlichen **Abstimmungen** ③ und –seltener– der „**Hammelsprung**“ ④. Im arbeitsteiligen Parlament sitzen nämlich nicht immer alle Abgeordneten im Plenarsaal. Viele sind mit anderen wichtigen Vorgängen befasst. Zur Abstimmung aber müssen die Fraktionen möglichst vollzählig sein. Die Klingel- und Blinkzeichen laufen, einmal betätigt, automatisch durch die verschiedenen Häuser. Zuerst bei den am weitesten entfernten, zuletzt im Reichstagsgebäude selbst.

Die Plenarassistenten am Regietisch fahren per Knopfdruck nicht nur das Rednerpult rauf und runter, um jedem Abgeordneten eine optimale Position für Unterlagen und Mikrofon zu gewährleisten, sie speisen auch die jeweilige Zeit ein, die dem einzelnen

Redner nach Absprache zwischen und innerhalb der Fraktionen zur Verfügung steht.

Redezeit im Sekundenschritt

Die in Sekundenschritten laufende Zeit ist dann nicht nur in der Regie, sondern auch auf dem Tisch des Präsidenten und auf dem Pult des Redners zu sehen. Die ersten Minuten spricht der Abgeordnete auch optisch im „grünen Bereich“: Ein grünes Lämpchen leuchtet, solange noch genügend Zeit für weitere Ausführungen bleibt. In der letzten Minute wechselt die Anzeige auf gelb und zeigt so dem Redner, dass er allmählich zum Schluss kommen muss. Sind diese Farben noch relativ dezent, so leuchtet bei Überschreitung der **Redezeit** ⑤ ein grelles Rot auf. Reagiert der Redner darauf nicht, kann der Präsident einen weiteren Knopf drücken. Dann blinkt in großen roten Lettern „Präsident“ vor dem Manuskript des Redners auf. Das ist dann die letzte optische Warnung, bevor der Abgeordnete unterbrochen, mündlich ermahnt oder ihm sogar per Knopfdruck das Wort entzogen wird.

Anders verhält es sich bei Zwischenfragen. Die sind jederzeit möglich und bewirken, dass die Zeit von Frage und Antwort nicht angerechnet wird – wenn der Redner sie denn auf Nachfrage des Präsidenten zulässt. In diesen Fällen wird die Uhr vom Präsidententisch aus angehalten.

Vorher müssen die Konferenztechniker jedoch stets beweisen, dass sie voller Konzentration dabei sind. Die Saalmikrofone müssen nämlich von der Tonregie in einer der Kabinen unter den Zuschauertribünen freigegeben werden. Welches Mikrofon für eine Zwischenfrage gerade „angemeldet“ wurde, zeigt ein blinkendes Feld auf einem Saalspiegel an einem Computermonitor. Doch wenn mehrere Abgeordnete gleichzeitig nachhaken wollen, leuchten mehrere Felder. Da heißt es für die Tontechniker, nicht nur der Debatte und den Aufrufen des Präsidenten aufmerksam zu folgen, sondern auch in Bruchteilen von Sekunden das richtige Mikrofon freizuschalten.

Und da die Techniker hinter den Abgeordnetenreihen sitzen, müssen



Hammelsprung.

④ „Hammelsprung“

Wenn das Handaufzeigen kein eindeutiges Votum ermöglicht, verlassen die Abgeordneten den Plenarsaal und machen ihre Stimmabgabe dadurch deutlich, dass sie durch eine Ja-, eine Nein- oder eine Enthaltungstür wieder hineinkommen. Der Name wird auf ein Intarsienbild im alten Reichstagsgebäude über einer der Türen zurückgeführt. Es zeigte das Zählen der Hammel in der Odysseus-Saga.

⑤ Redezeit

Die Fraktionen haben sich auf einen Schlüssel verständigt: Von einer Debattenstunde entfallen auf die SPD 24 Minuten, auf die CDU/CSU 24, auf Bündnis 90/Die Grünen acht Minuten und auf die FDP sechs. Weil das zusammen 62 Minuten sind, spricht man auch von der „Berliner Stunde“. Die Redezeiten der Mitglieder von Bundesregierung und Bundesrat wird vom Kontingent der jeweiligen Fraktion abgezogen.

⑥ Probleme

Ein Lieblingswort der Bundestagstechniker ist „Havarie“. Havarie-Mikrofon, Havarie-Programm, Havarie-Leitungen. Also Reserven als Vorkehrung für den Fall, dass im laufenden Betrieb die Technik ihren Dienst versagt. Es ist schon über zehn Jahre her, dass in Bonn einmal der Ton komplett ausfiel. Damals griffen sich die Plenarassistenten die Flaggen und zogen mit den Abgeordneten in den Ersatzplenarsaal um.

7 Biodiesel

Die beiden Motor-Heizkraftwerk-Anlagen laufen auf Rapsöl. Im Unterschied zu fossilen Brennstoffen, bei deren Verbrennung Kohlendioxid entsteht, liegen die nachwachsenden Rohstoffe in der Ökobilanz deutlich vorn, da beim Entstehen auf dem Feld die Rapspflanzen sogar Kohlendioxid verbrauchen. Die Heizkraftwerke werden wissenschaftlich begleitet, um Tipps für weitere Anlagen und Verbesserungen zu gewinnen.

8 Tiefenspeicher

Ein Teil der Motorabwärme wird im Sommer an Salzwasser abgegeben, das aus 300 Metern Tiefe hochgepumpt und erwärmt wieder in die Erde geleitet wird. Dort kann das 70 Grad heiße Wasser bis zur Verwendung im Winter lagern. Ein zweites Wasservorkommen in 60 Metern Tiefe wird als Kältespeicher genutzt. Die Kühle des Winters kommt dann im Sommer zum Einsatz.

9 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird zumeist eine Sitzungswoche im Voraus vom Ältestenrat festgelegt. Der Bundestag bemüht sich darum, Anträge ähnlichen Inhalts zusammen zu debattieren und besonders wichtige und viele Bürger interessierende Themen in der „Kernzeit“ am Donnerstagvormittag zu beraten. Kurzfristig können auch Aktuelle Stunden eingeschoben werden.

10 TV-Übertragung

Früher leuchtete das grüne „F“ (Fernsehübertragung) neben der Anzeige des Tagesordnungspunktes nur gelegentlich. Heute sind Sender wie Phoenix regelmäßig viele Stunden dabei, und über das Internet kann unter www.bundestag.de jederzeit jede Debatte live mitverfolgt werden. Auch Übertragungen im Berliner Kabel und über den Astra-Satelliten sind im Aufbau.

sie die potenziellen Fragesteller nicht nur namentlich kennen, sondern auch von hinten erkennen. „Wir sind dann immer schon startbereit und denken mit, denn was wäre, wenn wir die Mikrofone erst einschalten, nachdem die ersten Silben schon gesprochen sind?“, berichtet Martin Luckas, einer von sechs Konferenztechnikern des Bundestages.

Er hat sein Metier noch im „Ur-Plenarsaal“ 1985 gelernt. Damals, so bringt er den Unterschied auf den Punkt, seien „die Drähte noch geradeaus gelaufen“. Man habe also bei technischen **Problemen** 6 die Schadensquelle leicht eingrenzen und die Ursache mit der Hand zurückverfolgen können. Heute sei alles von verschiedenen Computern mit jeweils wieder spezieller Software vollständig digitalisiert, ohne dass einer den gesamten technischen Bereich bedienen könne. Jede Änderung (zum Beispiel der Sitzordnung nach Bundestagswahlen) bedeutet, dass die entsprechende Software angepasst werden muss.

Gemurmel auf Befehl

Eine Erkenntnis der modernen Technik: Jeder Plenarsaal braucht mehrere Jahre, bis er perfekt läuft. Nach nun fünf Jahren sind die Macken des Berliner Saales bereits weitgehend minimiert. Aber es gibt immer etwas nachzubessern. Gerade sind Handwerker beispielsweise damit beschäftigt, zusätzliche Dämmungen zwischen den in die Decken eingelassenen Lautsprechern und den darüberliegenden Zuschauertribünen einzubauen, damit sich keine störenden Vibrationen mehr übertragen. Ganz am Anfang haben die Experten den Ton mit Hilfe von mehreren Bundeswehrkompanien ausgetestet. Rund tausend Soldaten marschierten in den Raum und nahmen in den Abgeordneten-, Regierungs-, Bundesrats- und Zuschauerbänken Platz und simulierten für die Messtechniker Gemurmel, Beifall, Zwischenrufe bei voller, halber und spärlicher Besetzung.

So konnten die Akustiker noch gezielter ans Werk gehen und mit

Blick in den Plenarsaal durch den Rüssel.



absorbierenden Belägen, Anstrichen, spezieller Behandlung der Fenster und winzigen zeitlichen Verzögerungen dem Ziel immer näher kommen, nicht nur störende Rückkopplungen zu vermeiden, sondern eine „gerichtete“ Schallatmosphäre zu schaffen. Sie sorgt dafür, dass der Ton des Zwischenfragers von links auch tatsächlich von links kommt und nicht von irgendwo aus der Tiefe plötzlich im Raum steht.

Ein Plenarsaal ist vor allem Ort der direkten Kommunikation, und die soll natürlich direkt und nicht über Umwege erfolgen. Dabei hat jede Veränderung wieder Auswirkungen auf viele andere Bereiche. So kam anfangs auf der Regierungs- und Bundesratsbank manches Wort nur schwer verständlich an – also wurden zusätzliche verdeckte Lautsprecher in die Rückwand eingebaut.

Auch die Lichtverhältnisse im Saal haben die Sekretäre und Techniker im Auge. In die Kuppel sind 360 Spiegel eingebaut, die das Licht von außen noch breiter in den Saal streuen. Eine ausgeklügelte Lüftungs- und Heiztechnik beweist die Vorteile ökologischer Energieversorgung. Im Hintergrund stehen zwei Blockheizkraftwerke, die mit abgasarmem **Biodiesel** 7 betrieben werden. Überschüssige Wärme und Kälte werden in geologischen **Tiefenspeichern** 8 unter dem Reichstagsgebäude zwischengelagert.

Heiße Debatten, gutes Klima

Die passiven Vorteile der gewaltigen Gemäuer (im Winter hält sich die Wärme länger, im Sommer die Kühle) werden ergänzt durch aktive Wärmegewinnung: Die durch Bodenöffnungen in den Plenarsaal fließende Luft steigt nach oben und wird bei vollem Saal erwärmt. Aber sie entweicht nicht ungenutzt durch die Kuppel in die Berliner Außenwelt – vorher entziehen Schlauchschleifen in der Kuppel der Abluft die wieder nutzbare Wärme. In ein vereinfachtes Bild gebracht: Je „heißer“ die Debatte, desto günstiger die Ökobilanz.

Wird ein Redner vom Sonnenlicht geblendet, muss er nicht mit der Hand vor dem Gesicht weiter sprechen. Stattdessen fährt das Sonnensegel automatisch an die entsprechende



Pressetribüne.

Stelle in der Kuppel. So kommt es denn auf höchste Konzentration auch auf den beiden letzten Plätzen hinter dem Präsidentenpult an. Es geht von hier aus nicht nur um frisches Wasser für den jeweiligen Redner. Nicht nur um die Hinweise auf die **Tagesordnung** 9 oder die **TV-Übertragung** 10. Bei Bedarf kann sich die Regie auch die aktuelle Fernseh-Liveberichterstattung und einen Nachrichtenticker auf den Monitor holen, um den Präsidenten auf Wunsch über wichtige Ereignisse auf dem Laufenden zu halten.

Ständig gehen auch Veränderungen in der laufenden Redeliste per Telefon etwa an die **Videotext-Redaktion** 11 des Bundestages. Oder Hinweise auf den Ton in die Regiekabine. Oder Mitteilungen über erforderliche Dienstleistungen an den Meldetisch vor dem Eingang. Oder viele weitere Ansagen, Vorwarnungen und Nachfragen an andere Stellen in der **Verwaltung** 12. Übersicht, schnelle Auffassungsgabe und Fingerspitzengefühl gehören also im Hintergrund dazu, damit eine Plenarsitzung ohne Schrammen über die öffentliche Bühne geht.

11 Videotext

Auch wenn Abgeordnete wegen anderer wichtiger Aufgaben gerade nicht im Plenum sitzen, so können sie sich durch die Übertragung der Debatte in alle Büros doch auf dem Laufenden halten. Ein Videotext informiert zeitgleich über die nächsten Redner, deren voraussichtliche Redezeit, die nachfolgende Tagesordnung und weist ebenfalls rechtzeitig auf den voraussichtlichen Zeitpunkt von Abstimmungen hin.

12 Bundestagsverwaltung

Die Bundestagsverwaltung mit rund 2.400 Mitarbeitern unterstützt den Bundestag bei seiner Arbeit. Sie bereitet keine Gesetze vor, sondern sorgt dafür, dass organisatorisch, technisch, personell und materiell alles funktioniert. Sie gliedert sich in „Zentrale Dienste“, „Parlamentarische Dienste“ und „Wissenschaftliche Dienste“ mit spezialisierten Unterabteilungen und Fachreferaten.

Der Plenarsaal ist ein faszinierendes, weltweit beachtetes Beispiel dafür, wie Architektur die Vorstellung von parlamentarischer Demokratie zum Ausdruck bringen, in der Wahrnehmung sogar prägen kann. Grundmuster: Offenheit, Transparenz, Wirken in aller Öffentlichkeit – und das nicht nur durch die weithin die Blicke anziehende Kuppel.

Besuchertribüne.



Die Architektur Offenheit und Transparenz

Architektur macht Ansprüche sichtbar. Das Reichstagsgebäude nach dem Umbau durch den Architekten Norman Foster hat insofern eine dreifache Botschaft. Eine zentrale, eine transparente und eine souveräne. Alle drei sind sorgfältig durchdacht und aufeinander abgestimmt.

Die zentrale Botschaft: Der Plenarsaal ist nicht nur geometrisch der Mittelpunkt des Gebäudes, der gesamte Bau macht vielmehr optisch deutlich, dass sich alles um das Plenum als Ort von Debatte und verbindlicher Entscheidung herumgruppiert. Ob Fraktionen oder Präsidium, Ausschüsse oder Verwaltung – alle anderen Räume und Büros sind in ihrer architektonisch beschriebenen Funktion gewissermaßen Zuarbeiter für das Plenum.

Einblicke aus allen Stockwerken

Foster erreicht das durch eine Ausdehnung des Plenarsaales durch alle Stockwerke hindurch. Aus welchem Saal oder Raum man auch herauskommt, stets wird der Blick auf den Plenarsaal gelenkt. Und zwar nicht auf irgendeine Wand, hinter der das Plenum vermutet werden könnte. Große Glasflächen ermöglichen auf allen Etagen den Einblick, die unmittelbare Identifikation.

Die transparente Botschaft: Damit einher geht der direkte und permanente Sichtkontakt mit der Öffentlichkeit. Denn trotz des dicken wilhelminischen Gemäuers öffnet sich das Gebäude nach allen vier Himmelsrichtungen. Der Blick vom Rednerpult reicht direkt durch große Glasflächen am westlichen Hauptportal in den



Respekt vor geschichtlicher Entwicklung

Die Kombination aus historischer Bau- substanz und großzügiger, transparen- ter Ausgestaltung drückt Gespür für die Erfordernisse eines öffentlichkeits- wirksamen Arbeitsparlaments bei gleichzeitigem Respekt für die geschichtliche Entwicklung aus. Dazu musste das Reichstagsgebäude weit- gehend „entkernt“ werden. Mit den 45.000 Tonnen Schutt verschwanden die Umbauten aus den 60er Jahren, zugleich kamen aber wesentliche Ele- mente des ursprünglichen Wallot-Baus wieder zum Vorschein.

Spuren vergangener Ereignisse wie ein Teil des alten Rohrleitungsganges, der zum Reichstagspräsidentenpalais führte, oder die Graffiti der sowjeti- schen Soldaten wurden konserviert und stehen ebenfalls in architektur- historischer Beziehung zum Plenarsaal. Weil der Saal bis in die Kuppel hinein- reicht und somit 40 Meter hoch ragt, hat er optisch mehr Größe als die Zwischenlösung aus den 60er Jahren, die gut zehn Prozent mehr Quadrat-

meter aufwies. Mit jetzt rund 1.200 Quadratmetern ist der Plenarsaal knapp doppelt so groß wie der Ursprungssaal aus dem vorletzten Jahrhundert.

Das Miteinander aus Bundestags- präsidium, Bundesregierung und Bundesrat an der Stirnwand und den Abgeordneten im erweiterten Halb- rund gegenüber wird durch keinerlei Unterbrechungen gestört. Den stati- schen Erfordernissen tragen an die Ränder des Plenarsaals zurückgesetz- te schmale Sichtbetonsäulen Rech- nung. Die konsequente Leitidee von der Öffentlichkeit der Plenarsitzungen greift die Architektur durch sechs weit in den Raum hineingezogene Tribü- nen für Besucher, Diplomaten und Medienvertreter auf. Und auch der gegenüber den Bonner Plenarsälen um ein Drittel vergrößerte Bundes- tagsadler bildet optisch letztlich kei- nen Abschluss: Er hängt vor einer Glas- wand – dahinter geht es weiter. Jede Seite des Plenarsaales folgt also dem architektonischen Grundton, dem Dia- log zwischen Volk und Volksvertretung.

Tiergarten hinein. Die mächtigen Stüt- zen außen stehen für Stabilität, doch dazwischen herrscht Offenheit.

Von der Inschrift „Dem deutschen Volke“ über dem Hauptportal kann der Bürger seinen Blick direkt auf den Bundestagsadler an der Stirnseite des Plenarsaales wandern lassen. Die Distanz zwischen drinnen und draußen ist optisch verkürzt. Der Bundestag als Forum der Nation ist auf diese Weise durch ungebrochene Sichtachsen direkt mit der Nation verbunden.

Die souveräne Botschaft: Die Kup- pel von 1894 auf dem ursprünglichen Reichstagsgebäude von Paul Wallot erinnerte mit ihrer Spitze entfernt an eine Pickelhaube. Nachdem sich der Bundestag grundsätzlich gegen das von Foster geplante gigantische Dach- projekt entschieden hatte, entwickel- te dieser eine völlig neue Kuppelkon- struktion, die inzwischen Millionen Besucher fasziniert hat. Sie bildet sowohl den Abschluss des Plenarsaa- les, lässt ihn von Licht geradezu durch- fluten, eröffnet durch spiralförmige Rampen gleichzeitig jedermann den Aufstieg bis zur Spitze. Das bedeutet: So oft die Abgeordneten nach oben blicken, sehen sie den Souverän, das Volk.

Der Plenarsaal ist von allen Ebenen einsehbar.



Nach dem Start 1949 in Bonn hatte der Bundestag dreimal die Koffer zu packen. 1986 ging es ins alte Wasserwerk ein paar Schritte weiter Richtung Rhein, 1992 in den modernen gläsernen Rundbau an Stelle des historischen Vorläufers, und seit 1999 ist der Bundestag im gründlich umgebauten früheren Reichstagsgebäude in Berlin.

Plenarsaal im Jahr 1976.



Die Geschichte Vom Rhein an die Spree

Die Ouvertüre „Weihe des Hauses“ von Ludwig van Beethoven erklingt als erstes am Nachmittag des 7. September 1949 im Neubau am Rhein, der binnen weniger Monate – zuletzt in Tag- und Nachtarbeit – in Bonn hochgezogen worden ist. Es ist ein Provisorium: Zuschauer sitzen draußen auf Tribünen hinter den Fenstern, die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten sind auch in den Büros beengt – mehrere Parlamentarier teilen sich einen kleinen Raum und ein Telefon. Aber das schwarze Mobiliar, das als breiter, hochgezogener Block an der Stirnseite Bundesregierung, Bundesrat, Sitzungsvorstand, Rednern und Stenografen Platz bietet, ist schon am ersten Tag dort und wird das Bild vom Bundestag für Jahrzehnte prägen. Hinter dem Präsidenten sind auf Vorhängen die Wappen der Bundes-

länder abgebildet. 1953 wird der Plenarsaal umgebaut und erweitert. Zur letzten Sitzung der ersten Wahlperiode zieht der Bundestag aus diesem Grund ins Kölner Funkhaus. Bei der Konstituierung des zweiten Bundestages ist die Front neu gestaltet, wird nun beherrscht vom großen Bundestagsadler. Immer wieder finden in den 50er und 60er Jahren auch Plenarsitzungen in Berlin statt – entweder in der Aula der Technischen Universität oder in der Kongresshalle am Rande des Tiergartens.

Der zunehmende Ost-West-Konflikt führt am 7. April 1965 zu massiven Störungen durch Sowjetunion und DDR, woraufhin der Bundestag fortan nur noch Ausschusssitzungen in Berlin abhält. Auch die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten tagt nach 1969 bis 1989 nicht mehr in Berlin.



Plenarsaal von Günter Behnisch.

Derweil verändert sich in Bonn das Bild: 1968 kann das Richtfest für das Abgeordnetenhochhaus „Langer Eugen“ gefeiert werden, und im Herbst 1969 wird die Optik auch im Plenarsaal korrigiert. Die hohe Balustrade der Bundesregierungs- und Bundesratsbank wird abgesenkt. Von bis dahin acht Querbrettern bleiben fünf übrig. Die Abgeordneten müssen fortan nicht mehr derart extrem nach oben schauen, wenn sie mit Ministern der Regierung oder Regierungschefs der Bundesländer ein Wort wechseln wollen.

Das Bild ändert sich erst Mitte der 80er Jahre, als der parlamentarische Betrieb im alten Plenarsaal wegen der zunehmenden Schäden und Mängel zum Sicherheitsrisiko geworden ist. Das Parlament entschließt sich zum Neubau und zieht für die Zeit von Abriss und Bau in das mit relativ einfachen Mitteln umfunktionierte ehemalige Wasserwerk direkt am Rhein.

Statt 1.170 Quadratmetern steht nun nicht einmal die Hälfte zur Verfügung. Aber die Abgeordneten richten sich in der neuen, intimeren Atmosphäre schnell ein. Am 9. September 1986 tagen sie erstmals im Behelfssaal, und hier tagen sie auch, als am

9. November 1989 die Mauer fällt. In einer beispiellosen Dynamik gewinnt die Wiedervereinigung an Fahrt, und so wird schon vor dem Umzug in das nach allen Regeln der Parlamentsbaukunst entstandene neue Gebäude klar, dass auch dieses neue Haus wieder nur eine Übergangslösung sein wird: Am 20. Juni 1991 entscheidet sich der Bundestag nach einer elfstündigen Debatte für Berlin als künftigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung.

Zuvor hat das in den 60er Jahren zum Tagungs- und Ausstellungshaus umgebaute alte Reichstagsgebäude am 4. Oktober 1990 die erste Sitzung des um 144 von der Volkskammer gewählte ostdeutsche Abgeordnete erweiterten Bundestages als gesamtdeutsches Parlament erlebt. Und hier konstituiert sich am 20. Dezember 1990 auch der zwölfte Deutsche Bundestag als erstes Parlament, dessen Mitglieder aus freien Wahlen im wiedervereinigten Deutschland hervorgegangen sind.

Am 30. Oktober 1992 kann dann der Bonner Neubau eingeweiht werden. Der von Günter Behnisch entwor-

fene Plenarsaal zeichnet sich durch seine kreisrunde Sitzordnung und ein Höchstmaß an Transparenz aus, die schon die große, gläserne Eingangshalle prägt.

Abgeordnete, Besucher, Bedienstete, Journalisten – alle richten sich schnell auf die modernen, die Kommunikation fördernden Umstände ein. Derweil laufen die Planungen für den Umbau des Reichstagsgebäudes auf Hochtouren. Der vom Verpackungskünstler Christo verhüllte Reichstag lenkt im Juni und Juli 1995 bereits die Blicke von Millionen Menschen auf die architektonischen Möglichkeiten des historischen Gemäuers.

Am 23. Mai 1999, genau fünf Jahrzehnte nach der Verkündung des Grundgesetzes, tritt erstmals die Bundesversammlung im Plenarsaal des umgebauten Reichstages zusammen. Und nachdem die Sommermonate für einen generalstabsmäßig geplanten Umzug vom Rhein an die Spree genutzt worden sind, ist es wieder ein 7. September – wie vor 50 Jahren – an dem der Bundestag seine Arbeit in einem neuen Plenarsaal aufnimmt.

Bundestag im Wasserwerk.



Infos zum Thema

Das Plenargeschehen im Bundestag

Nutzen Sie die Möglichkeit, online mitzuerleben, was im Parlament geschieht. Das Internetangebot des Bundestages bietet aktuell, transparent und bürgernah alles über das Parlament. Das Plenargeschehen wird lückenlos dargestellt. Sie finden hier neben dem Sitzungskalender die Tagesordnungen des Plenums und der Ausschüsse. Die Plenarprotokolle werden schon während der laufenden Sitzung als vorläufige Fassung aufbereitet und ins Internet eingestellt. Der Gang der Gesetzgebung kann in den Datenbanken recherchiert werden, und eine direkte Verlinkung führt zu den Drucksachen im Volltext.

Wenn Sie regelmäßig auf dem Laufenden sein wollen, tragen Sie sich in eine der vier Mailinglisten ein.



www.bundestag.de (Dialog)

Live-Übertragungen aus dem Bundestag

Das Parlamentsfernsehen des Bundestages eröffnet einen anderen Blick auf die Arbeit des Parlaments: live, unkommentiert und in voller Länge werden Plenar- und Ausschusssitzungen sowie Anhörungen und Sitzungen der Enquete-Kommissionen übertragen. Auch Sonderveranstaltungen, Diskussionssendungen und Übertragungen aus anderen europäischen Parlamenten gehören zu seinem Programm.

Bundestag Informations-Center

Unter „Bundestag Informations-Center“ haben Sie Zugriff auf die Datenbanken des Parlaments. Hier finden Sie die Parlamentsdokumentationen (Sach- und Sprechregister) und den Stand der Gesetzgebung.

Eine Volltextdatenbank bietet die Drucksachen und Plenarprotokolle mehrerer Wahlperioden im pdf-Format. Der Bibliothekskatalog steht für Literaturrecherchen zur Verfügung, aktuelle Pressemitteilungen und Informationen aus den Ausschüssen runden das Angebot ab.



Stichwort „Plenum“

Kurz gefasste Darstellungen zu parlamentsbezogenen Fragen, Begriffen oder Einrichtungen bietet auch die Broschürenreihe „Stichwort“.

Das Heft „Plenum“ informiert rund um den Plenarsaal und ist über die Internetseite des Bundestages oder telefonisch über die Broschürenstelle des Bundestages zu beziehen.

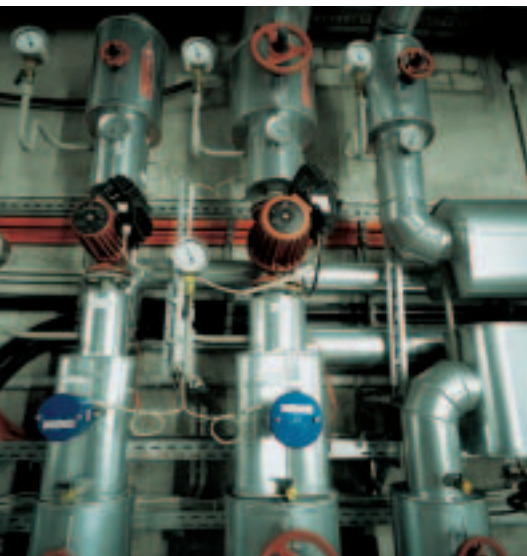
Tel.: (0 30) 22 73 20 72

www.bundestag.de (Service)



Für gutes **Klima** sorgen

Claudia Stolz arbeitet an Orten, die den meisten nur vom Hörensagen bekannt sind: in den Untergeschossen und auf den Dächern der Bundestagsbauten. Dort sind die Energieversorgungssysteme untergebracht.



„Ein perfektes System. Macht großen Spaß, hier zu arbeiten.“

Ohne Claudia Stolz wäre man in den Untergeschossen des Jakob-Kaiser-Hauses oder des Paul-Löbe-Hauses rettungslos verloren. So in etwa stellt man sich den Drehort für einen Science-Fiction-Film über das Energieversorgungssystem eines Planeten irgendwo am Rande der Milchstraße vor.

Also nur nicht die freundliche Frau aus den Augen verlieren, die, mit ihrem Schlüsselbund klappernd, zielstrebig durch die Gänge läuft, schwere Stahltüren öffnet und schließt, steile Treppen aus Metall und Laufstege aus Gitterwerk besteigt, hin und wieder auf große Speicherbehälter zeigt oder mit dem Finger dem Verlauf von Rohrleitungen folgt. Dabei redet sie über Kälte, Wärme, Austausch, Luftströme, geschlossene Systeme, Versorgung, Entsorgung, Schaltsysteme oder Druckluftregler. Sie lässt Begriffe wie Fortluftkanal und Abluftkanal fallen, plaudert über Wasseraufbereitungsanlagen, Filtersysteme, Verteiler und Absorptionskältemaschinen.

Bitte, denkt man, warum habe ich im Physikunterricht nicht besser aufgepasst und warum hat mir nie jemand erklärt, wie es im Inneren eines Schaltschranks aussieht? Claudia Stolz lächelt und sagt: „Das ist schon beeindruckend, nicht wahr? Ein perfektes System. Macht großen Spaß, hier zu arbeiten.“ Ganz sicher. Wenn man's kann.

Das perfekte System ist der Stolz vieler Menschen, seiner Erfinder ebenso wie derjenigen, die es nun am Laufen halten. Einfach gesagt ist es ein ressourcenschonendes Energie- und Heizungssystem, dessen Herzstück zwei Blockheizkraftwerke sind, die mit nachwachsenden Rohstoffen die Versorgung der Bundestagsbauten mit Strom und Wärme sicherstellen. Integrierte Strom-, Wärme- und Kälteversorgung vor Ort nennt man das. Je vier große Verbrennungsmotoren treiben in den beiden Heizkraftwerken Generatoren an. Die Abwärme aus dem Motorenkühlwasser und aus den Abgasen dient zur Heizung der Gebäude und zum Antrieb von Kältemaschinen. Klingt nach perfekter Anwendung des Energieerhaltungssatzes: Verloren gehen kann nichts, höchstens verschwendet werden.

Was einmal errichtet und in Gang gebracht worden ist, muss gewartet und überwacht werden. Im Bundestag gibt es die so genannte Abteilung Z – Zentrale Dienste –, zu der vier Unterabteilungen gehören, von denen eine, ZT, die Technischen Dienste und die Allgemeine Verwaltung umfasst. ZT 3 wiederum ist ein Referat dieser Unterabteilung und steht für Liegenschaften und Gebäudetechnik.

Hier arbeitet Claudia Stolz – seit zwei Jahren erst und noch als einzige Frau. Auch das Referat ZT 3 ist in verschiedene Sachbereiche aufgeteilt,

beispielsweise Elektro, Sanitär, Gebäudetechnik, Sicherheitstechnik, Bautechnik, Energie.

Claudia Stolz ist mit ihren Kollegen zuständig für Maschinen- und Versorgungstechnik, HKL und RWA. So sagt sie es erst einmal und schickt dann auf ein in die Luft gemaltes Fragezeichen hinterher: Heizung, Klima, Lüftung, HKL, und Rauchwarnanlagen, RWA. Die meisten Anlagen befinden sich in den Untergeschossen, einige auf den Dächern der Häuser, wie beispielsweise Entrauchungsanlagen und Abluftanlagen für die Sanitärräume.

Nun ist man endlich in den Bürozimmern der Abgeordneten, der Verwaltung des Bundestages, in den Anhörungs- und Sitzungssälen, da jedenfalls, wo Menschen sind, die weder frieren noch schwitzen wollen und eine Menge Luft zum Atmen brauchen. Nehmen wir mal an, so ein Mensch kommt morgens ins Büro und es ist zu warm. Wird auch nicht kälter, nachdem er an allen denkbaren Reglern gedreht hat. Dann kann er die 119 anrufen und sagen: Es ist zu warm und das stört mich. Diese Störmeldung landet im Referat von Claudia Stolz, und sie oder einer ihrer Kollegen kümmert sich um schnelle Behebung des Problems. Kann sein, dass ein Keilriemen in der Lüftungsanlage gerissen oder ein Fensterkontakt defekt ist. Das setzt die ganze Raumlüftung außer Kraft. „Drei Sachen sind für das

Raumklima wichtig“, sagt Claudia Stolz: „Heizung, Lüftung und Baukerntemperierung.“ Jetzt malt man schon wieder ein Fragezeichen in die Luft. „Baukerntemperierung hat was mit den Rohrleitungen in den Wänden zu tun.“

Das also ist eine wichtige Aufgabe des Referats, Störungen im System möglichst schnell beheben. Nun ist hier wie anderswo Vorbeugen besser als Reparieren. Deshalb beginnt die Frühschicht morgens um sieben erst einmal mit einem Rundgang. Alle Anlagen werden angeschaut und geprüft. Das dauert in der Regel zwei Stunden. Dann kommen Wartungsfirmen, die betreut werden müssen, Material brauchen, Werkzeuge, Schlüssel. Parallel dazu die Bearbeitung der Störmeldungen, die mit abgestufter Dringlichkeit versehen sind. In Sitzungswochen, wenn fast alle Räume belegt sind, kann das hektisch werden.

Claudia Stolz kann schnell, zuverlässig und vor allem planvoll arbeiten – bei dem Job unabdingbar. Allerdings redet sie nur ungern über sich, nur kein Aufhebens, winkt sie ab, während ihre Kollegen hinten im Raum rufen, sie solle sich jetzt mal berühmt schreiben lassen.

Die 41-Jährige hat 1979 im Stahlwerk Hennigsdorf Elektrikerin gelernt. Dass sie irgendeinen technischen Beruf machen wollte, wusste sie da schon lange. Die naturwissenschaftlichen Fächer lagen ihr in der Schule besonders.

Bis zur Wende blieb sie im Stahlwerk und ging dann in ein kleines Unternehmen, um Schaltschränke zu bauen. Für Laien ist ein Schaltschrank ein Mysterium, Leitungen und Relais sehen zwar aus, als gäbe es ein System, aber erschließen tut es sich nicht. Sieht einfach nur gut aus. Am liebsten möchte man hundert Fragezeichen in die Luft malen, fragt aber stattdessen, ob die Elektrikerin zu Hause auch alles selbst repariert. Selbstverständlich, sagt sie. Nun, an den Fernseher gehe sie nicht, aber sonst sei sie bei den meisten Dingen ihr eigenes Dienstleistungsunternehmen. Und der 15-jährige Sohn? Der schlage eher in die andere Richtung, könne gut mit Worten umgehen.

Die kleine Firma, in der Claudia Stolz nach 1990 arbeitete, machte irgendwann Pleite. Sie wechselte zu einer Leihfirma, um weiterhin Schaltschränke zu installieren und im Störungsdienst zu arbeiten. Bei ihrer Arbeit für die Leihfirma, die eigentlich gar keine Frauen anstellte, kam Claudia Stolz viel rum. Sie schloss unter anderem Schaltschränke für Klima- und Lüftungsanlagen an: im Hotel Adlon, in der ungarischen Botschaft und später auch in den Gebäuden des Parlaments. Als vor zwei Jahren eine feste Stelle im Bundestag ausgeschrieben war, die genau ihrer Qualifikation entsprach, bewarb sie sich.

Nun fährt sie an jedem Arbeitstag von Birkenwerder, wo sie wohnt, nach Berlin. Wenn sie Frühschicht hat, heißt

das zeitig aufstehen, aber auch die so genannte Spätschicht beginnt schon morgens um neun. In Sitzungswochen endet die Arbeit eine halbe Stunde nach Abschluss der Plenarsitzung.

Was sie tut, macht ihr Spaß. „Mich hat dieses Energieverbundsystem von Beginn an beeindruckt und die Zusammenarbeit hier im Referat ist gut und angenehm.“

Das ist dem Raum, in dem Claudia Stolz zu treffen ist, wenn sie nicht gerade Rundgänge macht oder Störungen behebt, anzumerken. Ein langer Tisch, an dem die Kollegen in den Pausen zusammensitzen, darauf ein buntes Gemisch von Zeitungen und Zeitschriften, Kaffeetassen, die den Namen ihrer Besitzer tragen oder mit Blümchenmuster aufwarten, das an Großmutter's Sonntagsgeschirr erinnert. Ein großes Radio dudelt leise vor sich hin und andauernd klingelt das Telefon. Claudia Stolz nimmt die Nachrichten entgegen und leitet sie gleich weiter, wenn nötig: „Du, im Anhörungssaal ist es zu kalt, kümmerst du dich? Wenn die nachher nicht die Scheinwerfer anmachen, müssen wir den Kühler runterdrehen.“

Alles klingt so einfach. Aber nach dem Rundgang durch die Untergeschosse, die eben aussehen wie das Energieversorgungssystem eines Planeten irgendwo am Rande der Milchstraße, ahnt man doch, dass hier nur nicht scheitert, wer sich richtig gut auskennt.

Text: Kathrin Gerlof

Fotos: studio kohlemeier

„Mich hat dieses Energieverbundsystem von Beginn an beeindruckt.“





Hamburger Hafen.

Forum: Export und Binnennachfrage

Wege aus der Krise

Der Außenhandel boomt, aber die Binnennachfrage lässt zu wünschen übrig. Was ist los mit der Konjunktur in Deutschland? Gibt es Wege aus dem Konjunkturtief? Blickpunkt Bundestag hat die Fraktionen um eine Stellungnahme gebeten.

Text: Karoline Kühnelt, Matthias Rumpf; Fotos: Deutscher Bundestag, picture-alliance; Grafiken: Karl-Heinz Döring

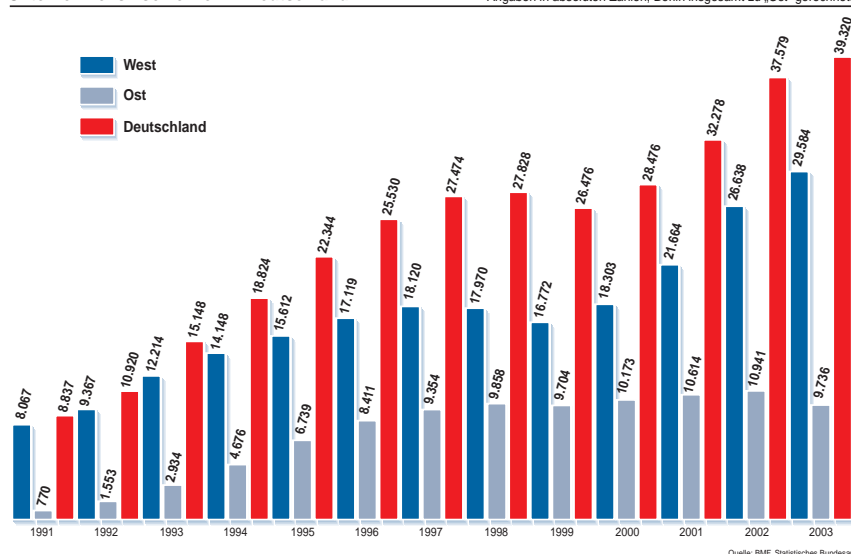


Ginge es nach der globalen Wirtschaftslage, dann müsste sich Deutschland keine Sorgen um die Konjunktur machen. Mit rund fünf Prozent wird die Weltwirtschaft in diesem Jahr wohl wachsen – so stark wie zuletzt vor dreißig Jahren. Die Wirtschaft in China explodiert, auch die übrigen Ökonomien in Asien und in den USA wachsen stark. Selbst die Europäische Union könnte mit diesem Trend mithalten, wäre da nicht Deutschland. Um magere 1,8 Prozent dürfte, so der Internationale Währungsfonds, die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wachsen. Unter den sieben großen Industriestaaten hätte damit nur Italien eine geringere Wachstumsrate.

Dabei müsste eigentlich auch in Deutschland die Konjunktur langsam wieder anspringen. Denn das Zugpferd der deutschen Wirtschaft, der Export, läuft seit einiger Zeit wieder. So stieg der Außenhandel in diesem Jahr im Vergleich zu 2003 um neun Prozent. Doch von der guten Stim-

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

Angaben in absoluten Zahlen, Berlin insgesamt zu „Ost“ gerechnet.



mung im Export bleibt die deutsche Binnenwirtschaft weitgehend unberührt. Anders als in den Aufschwungsphasen der vergangenen Jahre führen die vollen Auftragsbücher der deutschen Anlagen- oder Autobauer nur sehr eingeschränkt zu einer verstärkten Binnennachfrage. Doch genau

auf diesem Mechanismus hat das Wachstum in Deutschland bisher beruht. Denn steigende Exporte führten bislang immer zu mehr Investitionen der Unternehmen in Deutschland, das wiederum führte zu mehr Beschäftigung. Die Leute hatten mehr Geld in der Tasche und nach dem Export kam



Zuversicht zeigen

Walter Hoffmann, SPD

Die Wachstumsprognose für das laufende Jahr liegt bei guten 1,5 bis zwei Prozent, wobei sich die Erholung der Inlandsnachfrage positiv auswirkt. Der Aufschwung wird jedoch hauptsächlich vom Export getragen, der seit 1999 real um 43 Prozent zugenommen hat. Hier liegt Deutschland mit an der Weltspitze. Bei den Unternehmensgründungen ist der Abwärtstrend gestoppt. 2003 haben rund 1,8 Millionen Menschen ein Unternehmen gegründet. Auch bei den ausländischen Investitionen in Deutschland schneiden wir mit fast 38 Milliarden Dollar gut ab. Dennoch ist die Binnennachfrage zu schwach. Was ist zu tun?

Eine Absenkung des Lohnniveaus wird dieses Problem zweifellos nicht lösen. Ein Vergleich mit Schweden, Dänemark, Finnland und Frankreich zeigt zudem, dass hohe Abgaben und eine hohe Staatsquote nicht allein für die Wachstumschwäche verantwortlich sind.

Längst überfällig ist dagegen die Umsetzung der Agenda 2010. Die Leitidee dieser Gesetze ist von der Hilfe zur Eigenverantwortung und Eigeninitiative geprägt. Insbesondere die Medien müssen sich ihrer Verantwortung zur umfassenden Information wieder bewusster werden, damit unsere Reformen als Chance begriffen werden. Die Arbeitsmarktreformen werden dazu führen, dass die Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen der Beschäftigungssituation einen neuen Schub geben wird. Die Förderung von Arbeitsstellen in gemeinnützigen Bereichen werden ebenfalls positiv wirken. Auch die Krankenkassen, die finanziell nicht effizient arbeiten, müssen reformiert werden. Hier kann mit der Bürgerversicherung, die auch Gutverdienenden den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung ermöglicht, einiges erreicht werden.

Soll also die Binnennachfrage wieder steigen, wird es Zeit, Reformen als Chance wahrzunehmen und Mut und Zuversicht bei der Lösung der eigenen Probleme zu zeigen.



walter.hoffmann@bundestag.de
www.walterhoffmann.de



Geringe Nachfrage auch im Einzelhandel.

dann auch die Binnennachfrage wieder in Schwung.

Der Funke aus dem Export ist noch nicht auf die Binnenwirtschaft übersprungen. Die Bereitschaft deutscher Unternehmen, inländische Produkte und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sinkt beständig.

Zwar verzeichnete die Maschinen- und Ausrüstungsbranche in diesem Jahr auch in Deutschland einige Impulse. Insgesamt bleiben die Zuwächse aber hinter dem zurück, was man in Deutschland bisher in Aufschwungsphasen gewöhnt war. Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung

in München (Ifo), Hans-Werner Sinn, ist davon überzeugt, dass der Grund für diese Misere ein tief greifender Strukturwandel in Deutschland ist und dass das Land mittlerweile zu einer „Basarökonomie“ verkommen ist. Deutsche Unternehmen produzieren einen Großteil ihrer Waren im Ausland. In Deutschland bleiben lediglich das Management und einige zentrale Dienste wie Forschung oder Marketing zurück. So haben die meisten deutschen Autobauer längst auf das einst renommierte Signet „Made in Germany“ verzichtet. Statt dessen heißt es nun „Made by Volkswagen“ oder „Made by BMW“. Der Trend zur Basarökonomie führt nach Ansicht von Hans-Werner Sinn dazu, dass immer weniger im Inland investiert und produziert wird. Stattdessen sei Deutschland nur noch Marktplatz für ausländische Güter.

Nach Ansicht von Sinn geht es bei diesen Investitionen längst nicht mehr darum, neue Märkte zu erschließen, sondern vor allem um eine deutliche



Probleme hausgemacht

Dagmar Wöhrl, CDU/CSU

Trotz der Konkurrenz aus Osteuropa und Asien sind Produkte aus deutschen Betrieben immer noch international wettbewerbsfähig. Auf den ersten Blick scheinen die Unternehmen hierzulande also bestens aufgestellt, um im Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können. Man darf diese Erfolge nicht klein reden. Aber: Wir dürfen uns vom Titel „Exportweltmeister“ auch nicht blenden lassen.

Erstens beruht die Verbesserung der Exportbilanz vor allem auf Wechselkurschwankungen. Zweitens ist die deutsche Wertschöpfung an den Exporten in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Das bedeutet, im Ausland wird gearbeitet und in Deutschland das fertige Produkt verkauft. Vor allem aber verstellt diese Diskussion den Blick auf die wesentliche Schwachstelle unserer Volkswirtschaft: Die brachliegende Binnennachfrage. Seit Amtsantritt von Rot-Grün haben über 180.000 Unternehmen Insolvenz angemeldet. Tausende Arbeitsplätze sind weggefallen.

Die Ursache ist einfach: Die Nachfrage in Deutschland reicht nicht aus. Denn zum einen sinken die Reallöhne. Die Beschäftigten haben weniger Geld in der Tasche. Zum anderen hat die Bundesregierung ein Klima der Verunsicherung geschaffen. Die Folge: Viele Menschen halten ihr Einkommen ängstlich zusammen, statt zu konsumieren. Zudem setzen auch die Steuerrahmenbedingungen kaum Anreize für neue Unternehmensinvestitionen.

Unsere Probleme sind also hausgemacht und können durch einen globalen Wirtschaftsaufschwung nicht gelöst werden. Wir brauchen ein Reformpaket, das Arbeit wieder lukrativ macht – für Beschäftigte und Unternehmen. Die Abkopplung der Sozialsysteme vom Faktor Arbeit ist daher ein „Muss“, wenn wir nicht nur Exportweltmeister bleiben, sondern auch beim Beschäftigungsaufbau wieder weltweit in die Spitzengruppe vorstoßen wollen.

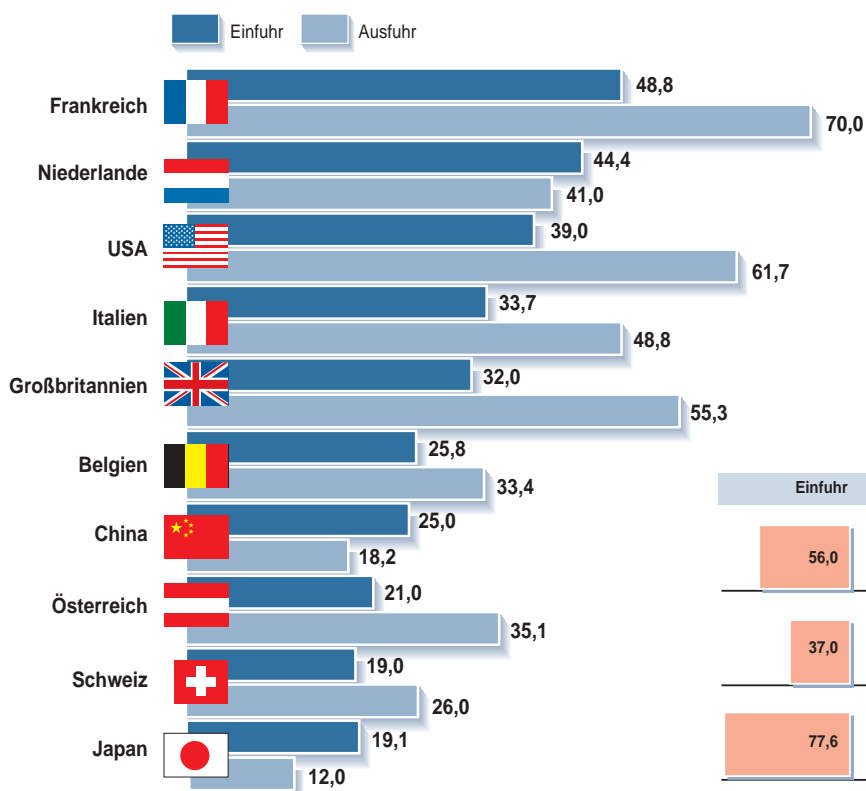


dagmar.woehr@bundestag.de
www.dagmar-woehr.de

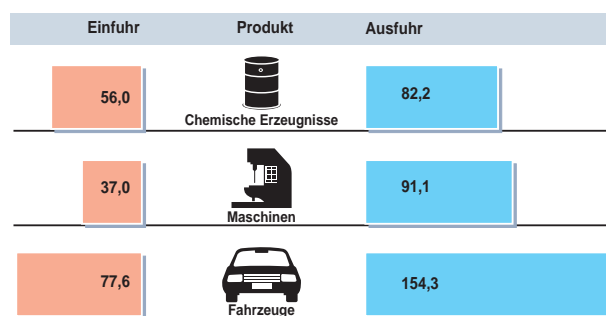


Große Außenhandelspartner 2003

Angaben in Mrd. Euro



Einsparung bei den Produktionskosten. Deutschland leidet also unter einer Standortchwäche, die mittlerweile auch den Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Industrie berührt. So rechnet das Ifo damit, dass sich nach der EU-Erweiterung dieser Trend zur Abwanderung noch verstärkt. Auch Unternehmen, die bisher wegen noch verbliebener Rechtsunsicherheit Investitionen gescheut haben, würden sich nun nach dem EU-Beitritt in den neuen Mitgliedsländern engagie-



Quelle: Statistisches Bundesamt



Reformen wirken

Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen

Als Exportweltmeister sind wir stark von der globalen Wirtschaft abhängig. Nach den Anschlägen vom 11. September und dem Einbruch der New Economy hat sich die Weltwirtschaft in einer schlechten Lage befunden. Daraus folgte ein Rückgang der Exporte. Die Verunsicherung schlug sich in Deutschland auch im privaten Konsum nieder, Sparneigung und Kaufzurückhaltung nahmen zu. Die schwache Binnennachfrage und das Zögern bei Investitionen und Bankkrediten haben zu Stellenabbau und Unternehmenspleiten geführt.

Das erneut starke Wachstum in den USA und in Asien hat sich nunmehr verfestigt und auch auf den Euroraum übertragen. Für die deutsche Wirtschaft ist damit eine positive Entwicklung des Außenhandels verbunden. Die Bundesrepublik wird 2004 vor allem aufgrund guter Exportzahlen ein Wirtschaftswachstum zwischen 1,8 und 2,1 Prozent erreichen.

Im Bereich des Binnenmarktes erfolgt die Erholung langsamer. Durch die Reformen der rot-grünen Koalition wird das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erneuert. Die Stabilisierung der Lohnnebenkosten und die Arbeitsmarktreformen werden auch der Binnennachfrage zugute kommen. Die dritte Stufe der Steuerreform ab 2005 entlastet Bürger und Unternehmen nochmals um sieben Milliarden Euro und gibt einen zusätzlichen Konjunkturimpuls. Es kommt nun darauf an, dass die Unternehmer die verbesserten Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Beschäftigung nutzen. Allgemein müssen wir wieder optimistischer sein und den weit verbreiteten Nörgelfatalismus aufgeben.

Deutschland muss ein Innovationsstandort bleiben. Im Rahmen der Agenda 2010 wollen wir wieder mehr Mittel für Bildung und Forschung ausgeben. Denn unser Wohlstand ist langfristig nur gesichert, wenn wir weiterhin innovative Produkte entwickeln, die außer uns niemand auf dem Weltmarkt anbieten kann.



fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de



ren. Sinn fordert deshalb, Arbeit in Deutschland durch Senkung der Lohnkosten oder längere Arbeitszeiten wieder konkurrenzfähig zu machen.

Allerdings, unumstritten ist diese These nicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ist der Ansicht, dass die hiesige Wirtschaft sehr wohl vom Exportboom profitiere. Wenn auch in anderer Form als bisher. So habe das Wachstum im Außenhandel einen maßgeblichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit sich gebracht, auch wenn die Kernbereiche der Industrie davon nicht mehr im gleichen Ausmaß profitieren. Dafür hätten sich Dienstleistungsunternehmen etabliert, in denen die meiste Wertschöpfung erzielt werde.

In der Tat lassen sich auch andere Erklärungen für die schleppende Binnenkonjunktur anführen. So leidet die Binnenkonjunktur unter einer ungewöhnlich schlechten Stimmung unter den Verbrauchern und unter

neuen Konsumgewohnheiten, auf die sich Handel und Industrie bislang nur unzureichend eingestellt haben. Es ist natürlich, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auch die Ausgaben der privaten Haushalte sinken. Auch bei denen, die einen Arbeitsplatz haben, sitzt das Geld nicht mehr so locker. Dabei spielen die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt eine große Rolle. Denn bereits ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten arbeitet im Niedriglohnssektor. Und der Realwert des Einkommens ist seit dem letzten Jahr um nur ein Prozent gestiegen.

Doch aus Angst vor noch schlechteren Zeiten bringen auch Menschen, die es eigentlich nicht nötig hätten, das Geld lieber zur Bank, als damit ein neues Auto oder einen neuen Külschrank zu kaufen. Ein Drittel der Deutschen fürchtet, dass sie ihren derzeitigen Lebensstandard in Zukunft nicht halten können. So ist in den letzten zwei Jahren zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte der private Konsum gesunken. Aus Sicht

der Ökonomen werden sie zu „Angstsparen“, was sich auf die Konjunktur niederschlägt. Die ängstlichen Verbraucher erfüllen so ihre Befürchtungen quasi selbst.

Auch das Kaufverhalten der Deutschen hat sich verändert. Den Deutschen reicht nicht mehr nur ein ausgewogenes Preis-Leistungs-Verhältnis. Sie wollen zugleich das Beste und das Günstigste für ihr Geld. Der viel zitierte Slogan „Geiz ist geil“ gilt immer noch. Der Einkauf im Billigsupermarkt und die Schnäppchenjagd im Internet sind gesellschaftsfähig geworden. Auf der anderen Seite „gönnt man sich“ dann mal ganz gern etwas Feines aus der Boutique. Unternehmen, die durchschnittliche Qualität zu durchschnittlichen Preisen anbieten, haben da das Nachsehen. Zum Teil zumindest ist der Zusammenbruch des Kaufhauskonzerns KarstadtQuelle darauf zurückzuführen, dass das Unternehmen auf diesen Trend nicht ausreichend reagierte. Wie sehr Strukturwandel und schlechte Konjunktur die



Verlässliche Politik

Rainer Brüderle, FDP

Kein Bäcker würde auf die Idee kommen, den Mitarbeitern oder der Kundschaft Kleingeld zu reichen, um mehr Brötchen zu verkaufen. Auch würde niemand vom Bürgermeister verlangen, Steuern zu erhöhen oder Kredite aufzunehmen, um dann zum Wohle des örtlichen Bäckers Brötchengeld zu verteilen. Niemand, außer einigen Gewerkschaftlern und SPD-Linken, die im Namen einer stärkeren Binnennachfrage die Neuverschuldung erhöhen wollen.

Nun ist es zweifellos richtig, dass unsere Binnennachfrage schwach, die Auslandsnachfrage dagegen stark ist. Aber mit Kaufkraftumverteilung kann man die Binnenkonjunktur nicht nachhaltig stärken. Wenn es so wäre, müsste Ostdeutschland seit Jahren boomen. Denn infolge der vereinigungsbedingten Nettotransfers in die neuen Bundesländer ist dort die Kaufkraft höher als die Wertschöpfung.

Für die schwache Binnennachfrage gibt es viele Gründe. Ein sehr aktueller ist der Preisanstieg bei Rohstoffen und vor allem beim Erdöl, der viel Kaufkraft ins Ausland abfließen lässt. Der Hauptgrund ist jedoch das Angstsparen und die Verunsicherung in der Bevölkerung über die wirtschaftliche Zukunft. Das kann auch nicht überraschen, denn seit Jahren erleben wir Stagnation und wirtschaftspolitische Schlingerfahrten der Bundesregierung.

Damit die Konsumfreude zurückkehrt, brauchen wir endlich wieder eine verlässliche, berechenbare Wirtschaftspolitik. Nötig sind ehrliche Reformen in der Sozialversicherung und steuerliche Entlastungen. Liberale Reformkonzepte für die Sozialsysteme liegen ebenso auf dem Tisch wie das Einkommensteuerelement der FDP mit den Stufensätzen 15, 25 und 35 Prozent bei Streichung fast aller Ausnahmetatbestände. Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben zurückziehen und sozusagen nicht jedem Bäcker in seine Backrezepte hineinreden.



rainer.bruederle@bundestag.de
www.rainer-bruederle.de

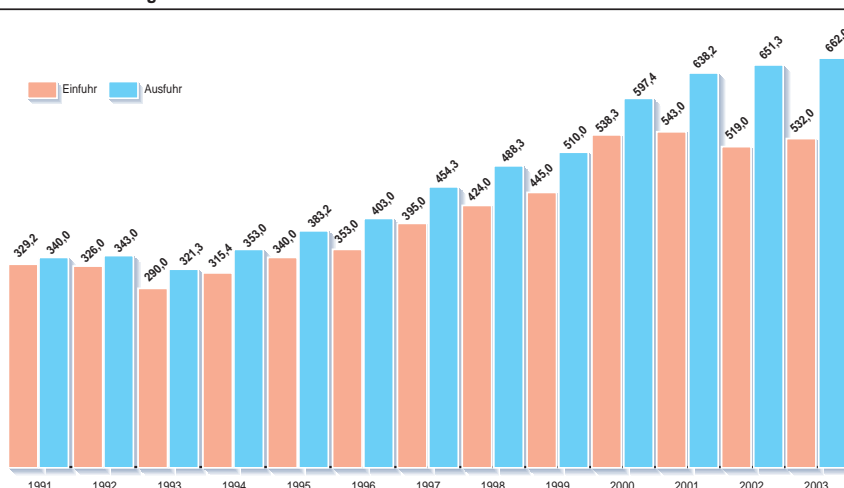


deutschen Unternehmen belasten, zeigt auch die nach wie vor hohe Zahl von Unternehmenspleiten. Zwar sind die Insolvenzen in diesem Jahr leicht rückläufig, sie bleiben aber immer noch auf sehr hohem Niveau. So mussten im ersten Halbjahr 2004 rund 19.300 Unternehmen Insolvenz anmelden. Das waren über 50 Prozent mehr als im Jahr 1999. Mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze sind dadurch gefährdet. Unternehmensgründungen werden nach Schätzungen von Creditreform in diesem Jahr nur etwa 300.000 neue Stellen schaffen.

Für den privaten Konsum gibt es auch in diesem Jahr wenig Grund zu Optimismus. Denn die Reformen im Sozialsystem scheinen die Verbraucher weiter zu verunsichern. Hinzu kommt der sehr hohe Ölpreis, der die Leute zwingt, mehr für Heizung oder Benzin auszugeben, Ausgaben die dann zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur fehlen. Selbst die Exporte könnten unter dem hohen Ölpreis leiden, wenn

Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 1991 bis 2003

Angaben in Mrd. Euro



dadurch die Konjunktur auch im Rest der Welt zu schwächeln beginnt.

Wenn weder Unternehmen noch Verbraucher in Deutschland Geld ausgeben, dann könnte zumindest theoretisch der Staat diese Lücke schließen. In der Tat fordern einige Ökonomen eine Abkehr vom Sparkurs der Regierung und mehr Investitionen

durch Schulden zu finanzieren. Sie verweisen auf die USA, die mit einem Ausgabenprogramm ihre Konjunktur leidlich in Schwung gebracht haben. Allerdings hatten die USA es geschafft, in den 90er Jahren einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften und sich Spielraum für eine solche Politik zu schaffen.

Infotipps

Nachtragshaushalt 2004

Der Bundestag hat in erster Lesung über das von der Regierung eingebrachte Nachtragshaushaltsgesetz 2004 beraten. Aufgrund fehlender Steuereinnahmen ist geplant, die Nettokreditaufnahme des Bundes in diesem Jahr von 29,3 auf rund 43,7 Milliarden Euro anzuheben. Die veranschlagte Neuverschuldung in Höhe von 43,7 Milliarden Euro überschreitet die Summe der im Haushaltsplan vorgesehenen Investitionen (24,6 Milliarden Euro) um 19,1 Milliarden Euro. Nach Artikel 115 des Grundgesetzes darf die Neuverschuldung die Summe der Investitionen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschreiten. Die Bundesregierung erklärt, dass diese Ausnahmesituation 2004 gegeben sei. Der Gesetzentwurf ist an den Haushaltsausschuss überwiesen worden. Drucksache 15/4020

Leistungen an die Fraktionen sollen erhöht werden

Die Geldleistungen an die Bundestagsfraktionen sollen nach einem Vorschlag des Bundestagspräsidenten und des Ältestenrates ab dem Haushaltsjahr 2005 um 1,51 Prozent erhöht werden. Die Anpassung berücksichtige die steigenden Lebenshaltungskosten in Deutschland und den im Zuge der europäischen Integration anfallenden Mehraufwand der Fraktionen. Daraus ergibt sich ein monatlicher Grundbetrag für jede Fraktion in Höhe von 293.270 Euro und ein monatlicher Betrag für jedes Mitglied in Höhe von 6.123 Euro. Die Oppositionszuschläge sollen unverändert bleiben. Der Vorschlag erfolgte nach Maßgabe des Abgeordnetengesetzes in Form einer Unterrichtung. Drucksache 15/3894

EU-Stabilitätspakt

Der Bundestag hat sich erneut mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt beschäftigt. Dazu gab es Anträge der CDU/CSU und der FDP. Beide Oppositionsfraktionen setzten sich dafür ein, an den Stabilitätskriterien festzuhalten. Die Liberalen verlangten sogar, die Defizit- und Schuldenbegrenzung in das Grundgesetz aufzunehmen. Auch die Koalitionsfraktionen stellten in ihrem Antrag fest, dass die Währungsunion ein funktionsfähiges und glaubwürdiges Instrument der finanzpolitischen Koordinierung braucht. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei daher ein unverzichtbarer Bestandteil zur Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität in Europa. Die Vorlagen wurden zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Drucksachen 15/3957, 15/3719 und 15/3721

Drucksachen

Die Bundestagsdrucksachen können auf den Internetseiten des Bundestages abgerufen und heruntergeladen werden: www.bundestag.de (Informations-Center). In gedruckter Form erhalten Sie alle Bundestagsdrucksachen bei schriftlicher Bestellung gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Tel. (02 21) 9 76 68-3 40 oder E-Mail: torben.funk@bundesanzeiger.de. Siehe auch www.parlamentsdrucksachen.de.

Drucksache



D E B A T T E

Wird im Radio zu wenig deutsche Musik gespielt? Brauchen wir eine Musikquote? Was viele Sänger fordern, hat quer durch die Parteien einen heftigen Streit ausgelöst.

Musikquote im Radio

Schutz der Kultur oder Gefahr

Blickpunkt Bundestag: Frau Vollmer, brauchen wir, wie über 500 Musiker von Udo Lindenberg bis Xavier Naidoo fordern, eine Radioquote für deutsche Musik?

Antje Vollmer: Die Diskussion darüber gibt es ja schon lange. Inzwischen glaube ich: Ja, wir brauchen die Quote auch als Antwort auf die Globalisierung und darauf, dass unsere Sender von dem, was wirklich passiert in der Musikszene an Avantgardistischem, Schrägem, Ungewöhnlichem, Neuem, viel zu wenig bringen. Wenn der Prozentsatz von Neuvorstellungen im Rock- und Popbereich ungefähr bei einem Prozent liegt, dann ist das demonstrativ zu wenig.

Blickpunkt: Ist das nicht Bevormundung, Herr Otto? Sollte nicht der Markt regeln, welche Musik wirklich gewünscht wird?

Hans-Joachim Otto: Es ist Bevormundung. Auch ist die Zahl nicht richtig, die Frau Vollmer gerade nannte. Es gibt weit mehr als ein Prozent Neuvorstellungen, wenn auch der Anteil höher sein könnte. Wir wollen weder in die Programmautonomie der Sender eingreifen, noch die Hörer und Hörerinnen bevormunden. Das ist auch gar nicht notwendig. Denn deutsche Musik verkauft sich momentan ausgezeichnet, obwohl sie im Radio nicht so häufig gespielt

wird. Deshalb ist es keine Antwort auf die Globalisierung, nun mit einer Deutschquote zu kommen.

Vollmer: Das mit den Hörern ist ja ein schönes Argument. Dabei haben Umfragen in vielen Zeitungen ergeben, dass eindeutige Mehrheiten der Leser – zum Teil bis zu 80 Prozent – sagen: Wir wollen mehr hören von dem, was unsere deutschen Bands und unsere deutschen Musiker bringen. Außerdem: Es ist doch absurd, wenn man in den Sendern nichts Neues vorstellt und anschließend sagt, die Leute wollen das nicht hören. Es gibt ein real existierendes Publikum für diese Musik. Nur wird es im Prozentsatz der Sendungen nicht abgespiegelt. Das finde ich, muss den Sendern und ihren Verantwortlichen zu denken geben.

Blickpunkt: Soll die Quotierung für deutschsprachige oder für jede in Deutschland produzierte Musik gelten?

Vollmer: Die Musikerinitiative möchte, dass die Sänger, die hier leben, gehört werden. Juristisch ist es wohl nur so möglich zu machen wie in Frankreich ...

Blickpunkt: ... wo es schon seit Jahren eine Quote von 40 Prozent gibt ...

Vollmer: ... nämlich die eigene Kultur und damit die eigene Sprache zu unterstützen.



Im Streitgespräch diskutieren die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) und der kulturpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Otto darüber, wie Deutschland zu seinen Künstlern steht.

für den Markt?

Das Gespräch führte Sönke Petersen.
Fotos: Phalanx Fotoagentur

Blickpunkt: Und wie soll das durchgesetzt und kontrolliert werden? Mit einer neuen Kontrollbehörde?

Otto: Diese Frage stellen Sie bitte an Frau Vollmer. Ich finde, dass wir so etwas nicht brauchen. Selbst die Nutzer der Homepage der Grünen lehnen eine solche Deutsquote mit überwältigender Mehrheit ab.

Vollmer: Die Umsetzung ist im Übrigen ganz einfach. Wir haben ja schon jetzt die GEMA-Gebühren, über die jedes gesendete Musikstück abgerechnet wird. Mit derselben Elektronik kann man selbstverständlich auch deutschsprachige Musik registrieren. Die Franzosen überprüfen das sogar alle vier Stunden, damit neue Musik nicht allein in die Nachtstunden verlegt wird. Viele Länder machen das inzwischen, die Kanadier, die Polen, die baltischen Staaten, selbst Paraguay. Sie alle reagieren auf die weltweite Monokultur von 40 Hits in den Charts damit, dass sie sagen: Wir wollen auch hören, was unsere Künstler bringen.

Blickpunkt: Wäre eine freiwillige Selbstverpflichtung nicht besser?

Vollmer: Das ist ein Kompromissvorschlag, über den diskutiert wird. Dennoch finde ich, dass die Forderung nach der Quote die richtigere und konsequentere Antwort ist. Die

Debatte muss über die Quote angestoßen werden. Leider haben viele Sender, besonders die ARD, den Ernst der Kritik noch nicht begriffen. Die Sender sollten wirklich ernsthaft mit den Künstlern ins Gespräch kommen.

Otto: Ich erinnere daran, dass wir in Deutschland bislang nur in der DDR eine Quote hatten und zwar in Höhe von 60 Prozent. Die meisten DDR-Bürger haben damals Wege gefunden, diese Quote zu umgehen. In einer globalen Welt wird das noch viel einfacher sein. Deshalb ist es unsinnig, deutsche Musik hinter den Schutzzaun einer Quote zu stellen. Wir haben ja eine sehr lebendige deutsche Musikszene, die sich hervorragend verkauft. Das läuft ja nicht nur übers Radio, sondern viel über das Internet. Seit Jahren sind nicht mehr so viele deutsche Titel im Verkauf.

Blickpunkt: Wer wäre der Nutznießer einer Quote? Die jungen, unbekannteren oder die ohnehin schon arrivierten Musiker?

Vollmer: Also, zunächst einmal nicht die so genannte Volksmusik, die von den Sendern nun wirklich ausreichend gepflegt wird. Nutznießer wären vor allem diejenigen, die neu einsteigen, denn sie haben die größten Probleme. Bislang werden viel zu wenig Neue aufgebaut. Wir fördern



Im Gespräch: Hans-Joachim Otto ...

in Deutschland Qualität beim Buch durch die Buchpreisbindung, die seriöse Information durch die Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Sender. Warum sollen wir da keine neue deutsche Musik fördern? Sie soll ja nicht privilegiert werden, sondern nur ihre Chance bekommen, überhaupt gehört zu werden. Diese Chance brauchen besonders junge Bands. Deshalb sagen wir auch, die Hälfte der Quote soll für Neuvorstellungen sein, denn wir haben auf diesem Sektor keinen freien Markt.

Otto: Also eine doppelte Quote! Wir haben in Deutschland ohnehin schon viel zu viel Bürokratie, jetzt soll es noch schlimmer kommen. Das darf doch nicht wahr sein. Im Übrigen finde ich es schon seltsam: Die deutsche Rock- und Popkultur hat sich doch teilweise bewusst gegen die Gesellschaft entwickelt und jetzt rufen die Künstler nach einer Staatsquote. Wie weit ist die deutsche Rockmusik eigentlich schon gesunken? Wir brauchen die Quote schlicht und einfach nicht. Auch nicht, um junge Künstler zu fördern. Es kommen immer wieder junge Künstler hoch, junge Menschen hören sie direkt in Konzerten oder laden sich ihre Musik im Internet herunter. Ich verstehe nicht, warum wir jetzt nach einer neuen Bürokratie rufen. Die Grünen sind mal angetreten als eine anti-autoritäre Partei und jetzt fordern sie eine Staatsquote. Das ist doch absurd.

Vollmer: Es ist die Aufgabe von Politik, gegenzusteuern, wenn es keinen fairen Chancenausgleich gibt. Das hat schon die Frauenquote bewiesen.

Blickpunkt: Kann man Musik- und Frauenquote vergleichen?

Vollmer: Für die Frauen ist das kein beleidigender Vergleich. Nochmals: Die großen Majors, Warner zum Bei-

spiel, haben gesagt, dass sie die ganze Deutschsparte aussteuern und nicht mehr bedienen. Auch für die wäre es ein wichtiges Signal, dass die deutschen Künstler zu Hause wieder eine Chance bekommen. Dann würden große Firmen endlich wieder etwas für den deutschen Markt tun.

Otto: Diese Verelendungstheorie greift nicht. Die ganz nüchternen Zahlen belegen: Die deutschen Musiker sind momentan sehr erfolgreich. Man kann fast schon von einer neuen deutschen Welle sprechen. Das ist doch prima!

Vollmer: Das ist schon der erste Erfolg auf unsere Kampagne!

Otto: Das glauben Sie wirklich?

Vollmer: Dafür gibt es klare Anzeichen. Also: Musik ist einfach ein ganz besonderer Stoff. Der spielt im Alltagsleben der Menschen eine besondere Rolle. Das kann jeder aus seiner eigenen Geschichte sehen. Deshalb wundert mich, dass der Überdruß der Leute über immer dieselbe Dudelmusik im Radio erst so spät thematisiert wurde.

Blickpunkt: Aber lassen sich Qualität und Vielfalt über eine Quote erreichen?

Otto: Klare Antwort: Nein. Das werden wir nicht erreichen, oder wir müssen noch eine dritte Quote einführen, eine Qualitätsquote. Ich bin zutiefst der Überzeugung, dass auch heute schon ein Radiohörer, der abwechslungsreichere Musik hören will, ausreichende Formate dafür findet. Deshalb muss ich nicht gleich einschreiten und mit dem Gesetzgeber drohen. Gerade weil Musik ein besonderer Stoff ist, müssen wir uns als Gesetzgeber, als Parlament zurückhalten. Es kann nicht sein, dass wir in Zeiten der Globalisierung und Europäisierung um die deutsche Musik einen Zaun ziehen.

Vollmer: Wir haben in Deutschland eine Kulturtradition, die durchaus mit Förderung zu tun hat. Die Quote ist bei der Musik die einzige Möglichkeit zu signalisieren: Wir wollen, dass ihr existieren könnt. Natürlich ist die Quote keine Garantie für Qualität. Aber sie ist eine Garantie, dass Qualität überhaupt entstehen kann.

Blickpunkt: Machen wir uns mit einer Quote nicht lächerlich?

Vollmer: Nein, wir müssen uns doch fragen: Soll das, was neu wächst, eine Chance haben, sein Publikum zu erreichen, oder geben wir uns mit dem weltweiten Einheitsangebot zufrieden? Andere Länder haben eine bessere Tradition. Die Spanier, die Italiener stehen einfach zu ihren Künstlern. Da kann kommen, was will.

Otto: Auch wir stehen zu unseren Künstlern, Sie haben Chancen und sind erfolgreich. Deshalb gibt es keine Notwendigkeit für die Quote.



Reden Sie mit beim Thema „Musikquote“:

Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen: antje.vollmer@bundestag.de

Hans-Joachim Otto, FDP: hans-joachim.otto@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Antje Vollmer.





Begegnungen im Parlamentsviertel Mit gutem Beispiel voran

Wieder einmal ein Baubeginn in der Nachbarschaft des Bundestages: Unter Beteiligung zahlreicher anderer Prominenter griffen US-Botschafter **Daniel Coats** und Bundesinnenminister **Otto Schily** gemeinsam zum Spaten. Zwischen Brandenburger Tor, Holocaustmahnmal, Hotel Adlon und Tiergarten wird nun bis November 2007 die neue amerikanische Botschaft entstehen – und damit an den Ort zurückkehren, den die USA sich vor dem Krieg schon einmal ausgesucht hatten. Diesen Standort sieht Coats denn auch als „Symbol für die Unterstützung der USA für das vereinigte Deutschland“. Sicherheitsbedenken, die den Baubeginn immer wieder verzögerten, wurde inzwischen durch eine leichte Verschwenkung der Straßen und die Verwendung neuester Baumaterialien Rechnung getragen.

Otto Schily und Daniel Coats.



Bücher, Bücher, Bücher. Im Parlamentsviertel gab es wieder viel zu blättern. Einblicke in Hintergründe der Programmatikdiskussion in der CDU/CSU gewährten beispielsweise **Friedrich Merz** („Nur wer sich ändert, wird bestehen“) und **Hermann-Josef Arentz** („Sozialstaat im Härtestest“). Über eine „wertvolle Initiative“ freute sich auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, **Reinhold Robbe**. Er nahm eine Sonderausgabe des Gebetbuches „Gemeinsam vor Gott“ entgegen. Evangelische und katholische Militärseelsorger hätten damit „der fortschreitenden Pluralisierung der Bundeswehr Ausdruck verliehen“, unterstrich Robbe. In dem Buch sind Gebete aus dem christlichen, jüdischen und islamischen Gebetsschatz in einer „bundeswehrtauglichen Fassung“ zusammengefasst.

Rund 300 Jugendliche hatten auch in diesem Jahr wieder Gelegenheit, aus nächster Nähe den parlamentarischen Alltag kennen zu lernen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ stand diesmal das Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“. Dabei handelten die Jugendlichen selbstständig, nahmen die Rollen von Abgeordneten ein, deren Rollenprofil sie nach dem Zufallsprinzip erhielten. Sie berieten fiktive Gesetzentwürfe in Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum. „Wir haben gemeinsam mit Jugendlichen daran gearbeitet, Politik lebendig zu vermitteln“, sagt **Nina Hauer** (SPD), die als Berichterstatterin in der Kommission des Ältestenrates für Innere Angelegenheiten die Veranstaltung mit vorbereitet hat. „Mit dem Planspiel haben wir einen neuen Weg beschritten, um Politik direkt erfahrbar und verständlich zu machen.“ Höhepunkt der Veranstaltung war die abschließende zweite und dritte Lesung und die Debatte im Plenarsaal unter Leitung des Bundestagspräsidenten und der Vizepräsidenten.

Gehandelt hat auch **Erwin Ludwig**, Mitarbeiter im Referat Öffentlichkeitsarbeit, als er erfuhr, dass er als Knochenmarkspender geeignet sei. Dafür müssen die Gewebemerkmale zwischen Spender und Erkranktem übereinstimmen, was selten der Fall ist. Er hatte sich einer peripheren Blutstammzellenentnahme unterzogen und wurde nun von Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** mit einer Urkunde der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS) geehrt. Ludwig hofft, dass durch diese Geste das Bewusstsein der Kollegen und Abgeordneten für die Bedeutung der Knochenmarkspende gestärkt wird. Knochenmarktransplantationen sind für Patienten mit Leukämie oft die einzige Rettung.

Fotos: Deutscher Bundestag, picture-alliance



Erwin Ludwig wird geehrt.



Drei Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

Frau Groneberg, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Ich gehe gern in der Nähe meiner Wohnung am Landwehrkanal und an der Spree spazieren, wenn es die knappe Zeit zulässt. Ich genieße dann dort vor allem die Ruhe.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Über unser zugelaufenes Zwerghuhn in unserem Garten zu Hause. Es sitzt meist auf einem Platz auf der Pergola und hinterlässt in ausreichendem Maße seine unschönen Hinterlassenschaften. Nach einer besonders unangenehmen Situation mit dem Hühnerdreck hat mein Lebensgefährte versucht, das Huhn zu fangen – und es natürlich nicht erwischt. Im Gegenteil: Es hat sich in einiger Höhe in Sicherheit gebracht und unglaublich laut „geschimpft“. Ich habe Tränen gelacht.

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Ein Dauerbrennerthema, das von besonderer Brisanz für meinen Wahlkreis Cloppenburg-Vechta ist: Die Arbeitneh-

mer in unserer Fleischindustrie leiden unter Lohndumping und Missständen, die durch Werkverträge mit osteuropäischen Firmen verursacht wurden. Inzwischen sind nicht mehr vorrangig die Werkverträge das Problem, sondern die Dienstleistungserbringer aus den neuen EU-Beitrittsländern. So sehr ich die Dienstleistungsfreiheit in der vergrößerten EU grundsätzlich begrüße, so schwierig gestaltet sich die konkrete Umsetzung aber vor Ort. Seit geraumer Zeit stehe ich mit allen zuständigen Stellen in Kontakt, damit Lohndumping nicht eine der wichtigsten Branchen für unsere Region kaputt macht. Dieses Thema sollte so schnell wie möglich vom Tisch.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Gabriele Groneberg, Jahrgang 1955, ist seit 2002 für die SPD im Bundestag. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
gabriele.groneberg@bundestag.de
www.gabriele-groneberg.de



Welches Buch lesen Sie gerade?

Friedbert Pflüger: „Ich lese gerade Mario Vargas Llosa ‚Das Fest des Ziegenbocks‘“

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG



Auslandsreisen begleite ich gern durch Lektüre aus der jeweiligen Region. So lese ich anlässlich meiner jüngsten Reise zu politischen Gesprächen nach Lateinamerika „Der General in seinem Labyrinth“ von Gabriel Garcia Marquez. In dem Werk geht es um die letzten Wochen von Simon Bolivar, den in Lateinamerika hochverehrten Anführer der Kolonien im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien.

Zuvor las ich das vielleicht politischste Buch von Mario Vargas Llosa: „Das Fest des Ziegenbocks“. Llosa erzählt die Geschichte von Rafael Leonidas Trujillo, genannt „der Ziegenbock“, der drei Jahrzehnte als Diktator

die Dominikanische Republik blutig und bizarr beherrschte, bis er 1961 einem Attentat zum Opfer fiel. Das idealtypische Wesen der lateinamerikanischen Diktaturen wird dem Leser eindrucksvoll nahe gebracht: die allmähliche Gleichschaltung von Politik, Militär, Kirche und Wirtschaft, die Anwendung von Terror und Folter gegen Andersdenkende, die Privilegierung der gehorsamen Eliten.

Wie kommt es, dass sich Menschen ihrer Freiheit berauben lassen, sich bedingungslos anpassen und sich für Gunsterweisungen des Diktators erniedrigen? Ehrbare Würdenträger beginnen zu zittern, wenn Einladungen ausbleiben. Um nicht in Ungnade zu fallen, bietet der Senator Cabral dem „Ziegenbock“ sogar die eigene, minderjährige Tochter an! Kurz nach

dem gelungenen Attentat versagt eine der Schlüsselfiguren des Putsches, der General Román. Der Mut verlässt ihn. Er verrät die Attentäter, teilt aber dennoch ihr Schicksal: einen grausamen Tod. Von der Mehrheit der Dominikaner damals als feige Terroristen gebrandmarkt, dauerte es Jahre, bis man sie als das anzusehen begann, was sie wirklich waren: Helden.

Vargas Llosa zeigt nicht nur die Erbärmlichkeit des Menschen im Angesicht der Diktatur, er zeigt auch den Mut, die Kraft und die Größe des Widerstandes – fernab jeder Idealisierung. Ein Roman, der sich wie ein Thriller liest und gleichzeitig ein einzigartiges historisches Dokument darstellt – was für ein großartiges Werk! Wann endlich erhält Mario Vargas Llosa den Literaturnobelpreis?

Mario Vargas Llosa, *Das Fest des Ziegenbocks*, Suhrkamp, Frankfurt 2001.
Friedbert Pflüger, Jahrgang 1955, gehört seit 1990 dem Bundestag an. Seit 2002 ist er Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
friedbert.pflueger@bundestag.de
www.friedbert-pflueger.de



Report: Auszubildende im Bundestag Neugier, Interesse und Spaß



Wenn jemand von sich sagen kann: „Ich habe einen Ausbildungsplatz beim Deutschen Bundestag“, weckt das häufig Neugier. Seinen Beruf im Zentrum der Politik zu erlernen, ist doch sicher etwas Besonderes. Natürlich ist es das – den Bundestag gibt es schließlich nur einmal. Andererseits ist es etwas ganz Alltägliches, denn ausgebildet wird in der Verwaltung des Parlaments schon seit vielen Jahren.

Neu ist, dass es seit diesem Jahr auch für Abgeordnete des Bundestages die Möglichkeit gibt, in ihren Büros auszubilden. Dafür hat die Bundestagsverwaltung allgemeine Richtlinien erlassen, die den Weg ebneten. Inzwischen gibt es in den Berliner Büros bereits zwölf Auszubildende und vier in Wahlkreisbüros von Abgeordneten. Der Anfang ist also gemacht.

Und noch etwas ist neu: Noch nie haben so viele junge Menschen einen Ausbildungsplatz bei der Bundestagsverwaltung erhalten wie in diesem Jahr. Im September begrüßte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse 37 junge Frauen und Männer, deren Bewerbung um einen Ausbildungsplatz bei der Bundestagsverwaltung erfolgreich war. Gegenwärtig erwerben hier nun 53 junge Menschen ihr

Rüstzeug für das Berufsleben. Bislang verfügte die Bundestagsverwaltung über insgesamt 28 Ausbildungsplätze, mit den 25 neu hinzugekommenen hat sich die Zahl also fast verdoppelt. Dies war möglich, weil die Bereitschaft innerhalb der Bundestagsverwaltung, gemeinsam darüber nachzudenken, wo Kapazitäten für Ausbildung vorhanden und Kooperationspartner zu finden sind, groß ist.

Und so traf die Initiative von Bundestagspräsident Thierse auf offene Ohren, viel Verständnis, vor allem aber großes Engagement. So bieten beispielsweise in diesem Jahr erstmals drei Ausschussekssekretariate je einen Ausbildungsplatz an.

Was aber kann man in der Verwaltung des Bundestages werden? Fachangestellte oder -angestellter für Bürokommunikation sowie für Verwaltung und für Medien- und Informationsdienste und auch Informationselektroniker, Mechatroniker und Fachinformatiker.

Und wie wird man Azubi bei der Bundestagsverwaltung? Vivien Nadler beispielsweise kommt aus dem brandenburgischen Marienthal und absolvierte nach Abschluss der 10. Klasse einen Eignungstest im Ausbildungszentrum Lichtenberg. Die Monate davor waren etwas enttäu-

schend, rund 80 Bewerbungen und gleich viele Absagen. Den Eignungstest hat die junge Frau mit Bravour bestanden, es kam zu einem Vorstellungsgespräch im Bundestag. Zwei Wochen später schon erhielt Vivien Nadler die Zusage. Seit August lernt die künftige Verwaltungsfachangestellte im Referat ZA 2, das zuständig ist für die Mitarbeiter von Abgeordneten. Und das macht ihr großen Spaß, wie sie sagt. „Der Beruf interessierte mich schon lange, ich fühle mich sehr wohl hier.“ Die Aufregung der ersten Tage, als alles noch neu war, habe sich schnell gelegt, erzählt die junge Frau, die in drei Jahren ihren Berufsabschluss machen wird.

25 neu geschaffene Ausbildungsplätze in der Verwaltung des Bundestages heißt, dass nun Bereiche ausbilden, die dies bislang nicht tun konnten, andere Bereiche ihre Kapazitäten erweitert haben und dass neue Kooperationen entstanden. So beispielsweise im Verbund mit der BEWAG, den Berliner Elektrizitätswerken. Hier werden gegenwärtig vier Fachinformatiker, zwei Mechatroniker und drei Fachangestellte für Bürokommunikation ausgebildet.

Neu sind auch die vier Ausbildungsplätze in der Bibliothek des Bundestages. Vielleicht fragt sich mancher, warum dies erst jetzt möglich ist. Doch so einfach liegen die Dinge nicht, denn erst seit kurzem und erstmals in der Geschichte des Bundestages befinden sich die Bibliothek und die zugeordneten Dienste unter einem Dach im Elisabeth-Lüders-Haus. Damit sind nun beste Voraussetzungen für qualitativ hochwertige Ausbildung geschaffen.

In der Bundestagsverwaltung absolvieren zudem jährlich rund 400 Studentinnen und Studenten ein Praktikum und viele angehende Juristen einen Teil ihres Referendariats. Alles in allem also ist der Bundestag ein Ort, der vielen eine Ausbildung ermöglicht.

Text: Kathrin Gerlof

Foto: Deutscher Bundestag



Parlamente in Europa Strafgeld für Abgeordnete

Foto: picture-alliance



Die ungarische Nationalversammlung in Budapest.

Die Abgeordneten des ungarischen Parlaments haben das Privileg, in einem der schönsten Parlamentsbauten der Welt arbeiten zu dürfen. Das Gebäude aus dem Jahr 1882 war ursprünglich dem Parlament in Westminster nachempfunden, geriet dann aber doch etwas prächtiger, so dass der Bau direkt an der Donau lange als das größte Parlamentsgebäude der Welt galt. Gedacht war es als Symbol für die starke und unabhängige Stellung der Ungarn in der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie.

Nach der Wende von 1989/90 wurde die Nationalversammlung, wie die Volksvertretung offiziell heißt, auch wieder der Mittelpunkt des politischen Lebens. Nicht in Fernsehrunden, sondern in den wöchentlich stattfindenden Plenarsitzungen musste sich die Regierung gegenüber dem Parlament verantworten. Dem konservativen Premier Victor Orbán war das allerdings zu viel Kritik, er reduzierte 1999 die Zeit der Plenardebatten auf eine Woche im Monat.

Orbán führte noch eine andere Regel ein, die dazu dienen sollte, die eigene Mannschaft zusammenzuhalten. Wer bei wichtigen Abstimmungen wie dem Haushalt oder einem Misstrauensvotum gegen einen

Minister fehlt oder gegen die eigene Fraktion stimmt, der muss Strafe zahlen. 50.000 Forint oder rund 200 Euro beträgt etwa in der Fraktion des konservativen FIDESZ die Strafe für ein solches Vergehen.

Auch die anderen Fraktionen haben das offenbar wirkungsvolle Instrument mittlerweile kopiert. Ob bei einer Abstimmung eine Strafe droht, legt die Fraktionsführung im Voraus fest. Das Geld kommt dann einer wohltätigen Einrichtung zugute. Vielleicht auch deshalb mussten die Fraktionen sich nicht überlegen, was passiert, wenn ein säumiger Abgeordneter nicht bezahlt. Einen solchen Fall hat es nach Angaben aus den Fraktionen noch nie gegeben.

Text: Matthias Rumpf

Daten und Fakten

Ländersname: Republik Ungarn
EU-Beitritt: 2004
Währung: Forint
Hauptstadt: Budapest
Bevölkerung: 10,2 Millionen
Staatsform: Republik, Einkammerparlament
Parlament: Nationalversammlung (386 Abgeordnete)
Weitere Informationen unter www.mkogy.hu

LESER BRIEF

Keynesianismus

Der Artikel „Keynesianismus. Wenn der Staat eingreifen soll“ von Timot Szent-Ivanyi in *Blickpunkt Bundestag* 5 (2004) bedarf der Ergänzung durch die Fakten:

1980 betrug die deutsche Staatsschuldenquote 31,2 Prozent, 1990 waren es 42,2 Prozent und 2003 waren es 64,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag 1980 bei 3,8 Prozent, 1990 bei 7,2 und 2003 waren es 11,6 Prozent. Seit 1981 gab es in Deutschland keinen Keynesianismus mehr, aber die Staatsverschuldung und die Arbeitslosenquoten sind sehr viel kräftiger gestiegen als in den siebziger Jahren.

Dr. Herbert Ehrenberg,
Bundesminister a. D., Horumersiel

Details

Im hektischen Alltag fehlen meist Zeit und Muße für den richtigen Blick fürs Detail. Deshalb freue ich mich jedes Mal über die Rubrik Details im Bundestag, die oftmals erstaunliche Einsichten in die Welt der Kleinigkeiten liefert und mir immer wieder bewusst macht, dass oftmals gerade die kleinen Dinge interessant und beachtenswert sind. Ein großes Lob also an die Fotografen, die hoffentlich noch viele schöne Ideen haben und ihr gutes Auge nicht verlieren.

Kerstin Mayer-Remscheidt, Köln

Hartz IV

Das Sonderthema zu Hartz IV ist sehr interessant und informativ, allerdings ist Ihnen in dem Artikel „Der lange Weg durchs Parlament“ wohl ein kleiner Fehler unterlaufen. Die erste Lesung, in der die Entwürfe zu Hartz IV beraten wurden, müssen am 11. September 2003 stattgefunden haben und nicht 2004. Ansonsten würde es jetzt mit der Einführung der Reformen ganz schön knapp werden.

Frank Heimann, Magdeburg

Anmerkung der Redaktion:
Der Leser hat Recht.

I M P R E S S U M

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Klaus Lantermann,
Dr. Heiko Fiedler-Rauer
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination:
Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann,
Tobias Niering

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Ivan Perez

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Felix Schmidt
Fax: (030) 65 000-350
E-Mail: f.schmidt@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 8. Oktober 2004

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag
gibt es auch im Internet: <http://www.bundestag.de>

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos
vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines
Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und
Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 37-40 (unten), 45 (unten), 46, 47;
Karl-Heinz Döring (Grafiken): S. 23, 37, 39, 41; Photothek: S. 2, 4-9,
17, 42-44; Picture-Alliance: S. 3, 20, 25, 30 (unten), 31 (unten), 36,
38, 45 (oben), 48; studio kohlmeier: Titel, 1, 2, 10-15, 16 (oben),
18-19, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 33-35; Ullstein Bild: S. 16 (Mitte),
30-31 (oben).

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster
Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum
Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abon-
nement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein wei-
teres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf
schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer
schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der
Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abon-
nementpreises.

Datum/Unterschrift

